



Preis an allen Verkäufern. Bezugspreis monatlich 3.50 bei der Geschäftsstelle 3.70 in den Ausgabestellen 3.80 durch Zeitungsboten 3.80 durch die Post 3.50 auschl. Postgebühren ins Ausland 6 Zloty in deutscher Währg. 5 M.-M. ausschließlich Postgebühren. Fernsprecher: 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postcheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau

Anzeigenpreis: Pettzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen. (Reklameteil 45 Groschen.)

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausherrung hat der Bezogere keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Sonderplatz 50%, mehr. Reklamezettelle (90 mm breit) 135 gr.

## Krise.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Ein bedauernswerter Umstand hat die Krise begleitet, die doch an und für sich im jetzigen Augenblicke der schlimmsten Wirtschaftsnot unangenehm genug ist. Fassen wir es kurz zusammen. Am Samstag erreichte es große Sensation, daß plötzlich der alte Marschall Piłsudski beim Staatspräsidenten vorfuhr, ihm eine Rede hielt, deren kurzer Inhalt der war, er möchte Herrn Wojciechowski davor warnen, die Politik in die Arme hineintragen zu lassen. Für Eingeweihte war es klar, daß dieser Schritt weiter nichts war, als eine Warnung gegen den Kriegsminister Sikorski, von dem ganz offen behauptet wurde, daß er nach der Ministerpräsidentenschaft strebe. Es ist auch kein Geheimnis mehr, daß Sikorski beim Heere nicht sehr beliebt ist, und daß sich mancher von den ehemaligen Gegnern Piłsudskis zu dem großen Empfang auf Piłsudskis Vandsitz Sulejów einfindet, als es galt den siebenten Jahrestag der Rückkehr Piłsudskis aus der Festung Magdeburg nach Polen zu feiern. Dieser Empfang war glänzender als je zuvor. Etwa 1000 Offiziere, darunter 12 Generale, hatten sich eingefunden und ein noch junger General, Drejzer, hielt in seinem Ueberschwang eine Rede, in der er sagte, daß alle Verammelten ihren in den Schlachten erprobten Säbel dem Marschall zur Verfügung stellen werden, und daß dies sicher keine leere Phrase sei. Diese Worte waren nicht sehr klug, wie denn überhaupt Offiziere, wenn sie überflüssig werden, ihre Äußerungen nicht gerade sehr diplomatisch abzuwägen verstehen. Dazu kommt noch die Jugend des Infanterie-Truppen-Divisionärs Drejzer. Piłsudski antwortete sehr ruhig auf dieses Angebot. Er dachte eigentlich den begeisterten Drejzer ein wenig ab.

Aber Herr Sikorski nahm die Sache gewaltig ernst. Zunächst einmal schrieb er den Armeebefehl, der für alle Offiziere, die bei Piłsudski waren, Strafe androht. Den Befehl mußte er wieder zurücknehmen, da er zu viel böses Blut gemacht hat. Dann strafversetzte er den General Drejzer nach Posen. Es verlautet, daß sich Drejzer weigerte, der Versetzung Folge zu leisten und daß er lieber seine Demission gibt. Dem Stadtkommandanten von Warschau befahl Sikorski zu erkranken, weil er ebenfalls sich bei Piłsudski eingefunden hatte. Das Schlimmste aber war, daß Sikorski eine verschärfte Alarmbereitschaft anordnete, eine Maßnahme, die nur in sehr ernsten Fällen getroffen wird, also etwa, wenn ein Staatsstreich geplant wird. Zunächst wurde dieser Schritt abgelehnt, aber als er bekannt wurde, ging mit Blieselle das Gerücht von Mund zu Mund: Piłsudski habe den Staatsstreich geplant. Das ganze Verhalten Piłsudskis war aber äußerst vernünftig und loyal, und daß er vor Politik im Heere gewarnt hat, kann man ihm ebensowenig verübeln, wie daß er die Leute empfangen hat, die ihn zu feiern kamen. Sikorski ist also dafür verantwortlich zu machen, daß ein beunruhigendes Gerücht, das vor allen Dingen Polen im Ausland zu schaden geeignet ist, in der Menge Wurzel lassen konnte. Und nun zeigte sich etwas Neues: Der „Staatsstreich Piłsudskis“ wird im gleichen Augenblick in die Diskussion geworfen, in dem der verbienstvolle bisherige Außenminister Strzyński sich bemüht, alle Parteien zu einer großen Koalition zu einigen, eine Koalition, deren erste Aufgabe es sein soll, die schlimme Wirtschaftslage zu bessern und die für eine ausländische Anleihe unerlässliche Einigkeit im Inneren zu schaffen. Und da die Rot stets zu allerhand irrigen Gedankenläufen verfährt, so gibt es im Augenblick wirklich genug törichte und unbesonnene Menschen, die wenigstens in Worten den Gedanken an eine Diktatur nicht unsympathisch finden.

Die radikale Bauernpartei „Wyzwolenie“, die sich in letzter Zeit stets eifrig bemüht hat Löpfe zu zerhacken, hat, als Strzyński sie um ihre Bedingungen für den Eintritt in die Koalition befragte, geantwortet: Sorge um den Kleinhäuer und — Rückkehr Piłsudskis an die Leitung der Armee! Mit anderen Worten: die „Wyzwolenie“ verlangt, daß Piłsudski das Kriegsministerium übernehme. Die gesamte Rechte bekämpft diese Kandidatur auf das schärfste, und wenn man sich daran erinnert, daß Thugutt seiner Zeit mit der Bildung eines Kabinetts daran scheiterte, daß er Piłsudski ebenfalls zum Kriegsminister machen wollte, so kann man sich nicht verhehlen, daß dieser Streitapfel höchst ernsthafter Natur ist.

Im Augenblick, in dem wir dieses schreiben, ist Strzyński gerade mit den Besprechungen, die er mit allen Parteien hatte, fertig geworden, und er ist zum Staatspräsidenten gefahren. Es scheint, daß zur Stunde die Stellungnahme des Vizepräsidenten Witos noch unklar ist. Aber im allgemeinen hat Strzyński bei allen Parteien eine günstige Aufnahme gefunden. Der beste Beweis des guten Eindrucks, den seine Kandidatur als Ministerpräsident im Ausland macht, ist der, daß der Zloty, wie oben aus Zürich gemeldet wird, dort um 7 Punkte gestiegen ist. Wenn es überhaupt eine Maßnahme für Polen gibt, eine auswärtige Anleihe zu erhalten, so ist sie mit der Person Strzyńskis auf das engste verbunden. Sehr interessant waren seine Unterhandlungen mit den Juden. Sie haben ihm erklärt, daß seine Persönlichkeit ihnen sehr unympathisch sei. Strzyński seinerseits erinnerte daran, daß er es gewesen sei, der den Pakt mit den Juden

## Graf Strzyńskis Aufgabe gescheitert.

Keine Einigkeit unter den Parteien. — Beratungen. — Konflikt zwischen Rechts und Links. — Marschall Rataj mit der Neubildung beauftragt.

Die heutigen Morgenblätter melden aus Warschau, daß die Aufgabe des Herrn Grafen Strzyński, das neue Kabinett zu bilden, in den gestrigen Abendstunden gescheitert sei. Der „Kurjer Posenński“ sagt: „Die Kabinettsbildungsmission ist mißglückt. Wir können darin ein Zeichen dafür sehen, wie zerfahren die Lage im Sejm sein muß, wenn es einem so erprobten Staatsmanne wie dem Grafen Strzyński nicht gelingt, eine Verständigung unter den koalitionsbildenden Parteien herbeizuführen. Gerade die gegenwärtige Stunde, die dunkel drohend die Hand erhebt, müßte doch eine Einigung erleichtern.“

Von den letzten Konferenzen Strzyńskis her war bekannt, daß der Graf erst entschlossen war, am gestrigen Mittwoch die Verhandlungen um jeden Preis zu Ende zu führen, ganz gleichgültig darum, ob seine Arbeit Erfolg brachte oder nicht. Um 4 1/2 Uhr konferierte Graf Strzyński mit dem Abg. Głabinski (Nationaler Volksverband), um dann den Abg. Dabbski und Stanislaw Grabski zu empfangen. Es folgten Aussprachen mit Witos, Chaciński und zuletzt mit dem Marschall Rataj. Kurz nach 6 Uhr begann eine neue Konferenz mit den Abgeordneten Głabinski, Barlicki und Moraczewski. Diese Besprechung dauerte ungefähr eine halbe Stunde. Hier stellte der Graf Strzyński endgültig fest, daß die Haltung der Parteien zur Besetzung des Kriegsministerpostens nicht ausgeglichen werden konnte, und daß er darum seine Aufgabe als erledigt zu betrachten habe.

Hierauf begab sich Herr Strzyński zum Herrn Staatspräsidenten, um die ihm erteilte Aufgabe wieder in seine Hand zurückzugeben. Der Staatspräsident sprach zunächst einmal mit den Abg. Głabinski, Barlicki, Witos und Chaciński und nahm erst dann die Berichterstattung des Grafen Strzyński zur Kenntnis. Zu gleicher Zeit beauftragte er auf Vorschlag des Abg. Głabinski und mit Einverständnis des Abg. Witos, den Sejmarschall Rataj mit der Kabinettsbildung. Der Sejmarschall erbat sich zunächst zwei Stunden Bedenkzeit.

Am 7 Uhr abends begaben sich die Abgeordneten Głabinski, Barlicki und Witos zu einer längeren Konferenz zum Staatspräsidenten. Darauf empfing der Präsident den Minister Strzyński, dem er nur kurz mitteilte, daß er ihn von seiner Mission befreie. Darauf kam der Sejmarschall Rataj nach dem Belvedere und hat nach seiner Rückkehr um 10 1/2 Uhr die Abgeordneten Głabinski (Nat. Verband), Kosicki (Nat. Volksverband), Witos (Rechtspartei), Chaciński (Christl. Demokratie), Dubanowicz (Christl. National), Kosiński (Nat. Arbeiterpartei) und Barlicki (Sozialistenpartei) zu sich in seine Privatwohnung. Der eingeladene Vertreter der Wyzwolenie erschien nicht, weil er verreist war (Abg. Poniatowski). Der Marschall erklärte den Versammelten, daß er mit der Kabinettsbildung betraut worden sei. Der Abg. Barlicki bemerkte, daß er angesichts der neuen Lage eine Klubsitzung einberufen müsse. Der Marschall betonte, daß er wegen einiger Hindernisse auf die Mission verzichte. Aber die Abgeordneten waren außer dem Abg. Barlicki dafür, daß Rataj sich der ihm übertragenen Aufgabe unterziehen solle. Gegen 1/1 Uhr in der Nacht begab sich der Sejmarschall nochmals zum Belvedere, wo er dem Präsidenten seine Zweifel und die Haltung der Parteien vortrug. Nach seiner Rückkehr gab er gegenüber den Parlamentsberichterstattern folgende Erklärung ab:

„Am 10 Uhr wurde ich vom Präsidenten vorgeladen. Dieser teilte mir mit, daß er auf den vorausgegangenen Konferenzen im Belvedere zu der Überzeugung gelangt sei, daß man ein Koalitionskabinett bilden könne. Ich antwortete darauf, daß die Bedingungen, die mich zu einer zweimaligen Abgabe bewegen, sich nicht geändert hätten. Da ich aber nichts von meiner Seite versäumen möchte, was zur Realisierung der Konzeption eines parlamentarischen Kabinetts führen könnte, kann ich die Absage nicht wiederholen. Als ich in den Sejm zurückgekehrt war, hielt ich Beratungen mit den Führern einiger Parteien ab. Aus den Unterredungen empfing ich den Eindruck, daß die Hauptschwierigkeiten, auf die der Minister Strzyński in seinen Bemühungen stieß, sich beseitigen ließen. Einer der von mir zur Konferenz geladenen Parteiführer erklärte, daß er angesichts der Änderung der Lage Klubberatungen abhalten möchte, die heute, am Donnerstag, geführt werden sollen. Das teilte ich dem Staatspräsidenten mit, der meine Bedenkzeit verlängerte. Ich werde mich bemühen, so schnell es geht, eine Entscheidung herbeizuführen, da ich jede Stunde der sich hingehenden Krise für schädlich halte. Ich möchte auch nicht, daß die verlorenen Stunden unter anderem auf meine Rechnung fallen.“

eingeleitet habe. Er halte sich für verantwortlich, daß die Bestimmungen des Paktes auch zur Ausführung kommen. Die Juden machten nur den einzigen Vorbehalt, daß sie die Persönlichkeiten des neuen Kabinetts kennen müßten, ehe sie definitiv ihre Stellungnahme festlegten. Da sie über 34 Abgeordnete verfügen, so ist ihre Beteiligung an der Regierungsmehrheit von großer Wichtigkeit. Man hat ihnen sogar einen oder zwei Vizeministerposten angeboten. Aber die Juden sind vorsichtig. Sie halten die Zeit noch nicht für reif genug, um eine solche Stellung annehmen zu können. Sie sehen voraus, daß ein jüdischer Minister doch nur die größten Schwierigkeiten haben werde, und daß es ihm kaum möglich sein werde, sich auf diesem Posten zu halten. Ein hervorragender jüdischer Abgeordneter erklärte mir indessen, daß sie der Regierung ihre Unterstützung leihen werden, wenn nicht gerade ein Fehler gegen sie begangen würde. Diese Heranziehung der Juden ist ein absolutes Novum. Aber wenn sich erst die Juden an der Regierungsbeteiligung beteiligen, dann dürfte es wohl leichter fallen, die so notwendige auswärtige Anleihe zu erhalten. Die Deutschen haben die Bedingung gestellt, daß alle Bürger Polens in Wahrheit und nicht nur auf dem Papier der versammlungsmäßigen Rechte teilhaftig würden. Strzyński hat nach den Beschwerden der Deutschen gefragt, und Piech, der als Vertreter des Vorsitzenden des deutschen Klubs erschienen war, erwiderte, daß diese Beschwerden schon in zahl-

## Die ablehnende Haltung der Rechtsparteien

Der Abg. Głabinski wurde von einem Journalisten über die Ursachen befragt, weshalb sein Klub eine negative Haltung gegenüber Herrn Strzyński eingenommen habe. Er antwortete, daß der Nationale Volksverband gleich nach der Übernahme der Mission durch Herrn Strzyński diesem durch den Vorsitzenden mitgeteilt habe, daß an der Spitze eines parlamentarischen Kabinetts ein Sejmmitglied stehen müsse. Der Führer der Nationaldemokraten bemerkte ferner, daß im Nationalen Volksverband Unzufriedenheit herrsche über das Programm der Politik des Herrn Strzyński bezüglich der Westländer Polens und Zweifel darüber, ob er nicht geneigt sei, die polnischen Rechte bezüglich der Optanten und der Liquidationsgüter zu ignorieren. (1) Der Abgeordnete erklärte weiter:

„Und dann möchte ich hervorheben, daß ich es nicht für richtig halte, das Kabinettspräbium mit dem Postensuche des Außenministeriums zu verknüpfen, und daß seine Berufung zum Kabinettschef mit unserer Zustimmung als eine spezielle Anerkennung der Außenpolitik betrachtet werden könnte, über die wir der Meinung sind, daß sie nicht fest steht. Auf Grund der Erklärung des Herrn Strzyński konnte ich mit Recht annehmen, daß er eine schnelle Erlangung der Zustimmung der Parteien zu einer anderen Person für den Premierposten aus der Mitte der Abgeordneten als Aufgabe ansehe. Im Laufe der Unterredungen wurden alle meine Zweifel vom Minister Strzyński beseitigt. Infolgedessen war das Vertrauen zum zukünftigen Premier im Klub des Nationalen Volksverbandes erheblich abgeschwächt. Die Stimmung spitzte sich zu, als Herr Strzyński sich nicht entschließen den unerhörten Erscheinungen entgegenzustellen gedachte, die in die höheren Kreise unseres Heeres reichen. Daß der Kriegsminister in der letzten Zeit eine energische Haltung gegen die disziplinlosen und illegalen Erscheinungen in höheren Militärkreisen annahm, sollte ebenfalls Anlaß gewesen sein, ihn von der Liste der Kandidaten für den Kriegsministerposten zu streichen. Das hat im Klub des Nationalen Volksverbandes und in vielen anderen Parteien lebhaft Beunruhigung hervorgerufen. Im Sejm erzählt man, daß es unserem Klub um die Person ginge. Ich kann mit ganzer Bestimmtheit feststellen, daß es dem Nationalen Volksverband einzig und allein um die Aufrechterhaltung der grundlegenden Disziplin in der Armee zu tun ist. Der Vorstand des Klubs des Nationalen Volksverbandes sieht sich gezwungen, eine abgeneigte Haltung gegenüber der Mission des Herrn Strzyński einzunehmen, wenn er in seinem Beschluß bezüglich des Kriegsministers verharre. Es geht mir übrigens nicht darum, ob dieser Beschluß bei ihm aus persönlichen Motiven fließt oder ob er vom Willen einer der Sejmparteien, insbesondere der Sozialisten, diktiert war.“

Bzüglich der Kandidatur des Marschalls Rataj erklärte der Abg. Głabinski, daß er bei der gegenwärtigen Lage den Marschall für fähig halte, wirklich eine Koalitionsregierung zu bilden und die Schwierigkeiten zu beseitigen, die die Kandidatur Strzyńskis in den Sejm gebracht habe.

## Der Abg. Zerbe über die Stellung zur Regierung.

Abg. Zerbe sagte: „Wir deutschen Sozialisten werden Strzyński keine Schwierigkeiten machen, falls er sich ernstlich bemühen sollte, die ungeheure Wirtschaftskrise beizulegen und falls er nicht unternehmen würde, was gegen die wertvolle Bevölkerung sowie gegen die nationalen Minderheiten verstoße. Das sind die Bedingungen des Waffenstillstandes.“

Bisher haben wir Deutschen einen erbitterten Kampf gegen den Unterrichtsminister sowie gegen den Justizminister geführt. Sollte Strzyński die antikonstitutionellen Praktiken beseitigen und den berechtigten Forderungen der Deutschen durch die Schaffung einer kulturellen Autonomie entgegenkommen, dann kann er auf unsere Unterstützung rechnen.

Vorläufig sind wir mit einer weitgehenden Befreiung für das deutsche Schulwesen zufrieden. Sollte jedoch, wie verlautet, im neuen Kabinett Stanislaw Grabski wieder Unterrichtsminister werden, dann werden wir ohne Pardon gegen das Kabinett kämpfen.“

lofen Reden und Interpellationen im Sejm mitgeteilt worden seien. Ein direkter Einwand gegen die Persönlichkeit Strzyńskis wurde nicht erhoben. Aber auch hier reservierte man sich, da man zunächst die Persönlichkeiten der verschiedenen Minister kennen lernen wollte.

Wenn Strzyński tatsächlich es in der Nacht hat, bei seinem Programm zu bleiben, d. h. bei der Beruhigung im Inneren, um eine ausländische Anleihe zu erhalten, und der Lösung der heutigen schweren Krise, so dürfte wohl kein Grund vorhanden sein, ihm die Mitarbeit zu versagen. Soeben, um halb neun Uhr, kehrt Strzyński vom Staatspräsidenten zurück. Die Journalisten umringen ihn. Strzyński ist witzig und schlagfertig. Er sagt: „Morgen werde ich mit meiner Aufgabe fertig sein.“ Nun kann man sich also selber ausdenken, ob er damit meint, daß er mit der Mission, ein Kabinett zu bilden, zustande gekommen ist, oder ob er seine Aufgabe als beendet ansehen werde, weil er mit ihr nicht fertig geworden ist. Es freisen die Gerüchte, daß die Witospartei drei Ministerposten fordere, und daß dieses Verlangen nicht zu erfüllen sei. Während die Journalisten Strzyński umringen, sieht Witos auf einer Bank und lacht höflich...

Nun noch einige Daten über Strzyński. Er ist heute 43 Jahre alt, aber man könnte ihn seiner Frische wegen für einen Dreißiger halten. Er hat in Krakau, Wien und in Wien studiert, und seine Doktorarbeit schon über Fragen des internationalen Rechtes gemacht. Er ist als österreichischer



Gesandtschafts- und Botschaftssekretär beim Vatikan, in Berlin und Paris tätig gewesen und sollte gerade als erster Sekretär nach Washington gehen, als der Krieg ausbrach.

Im Jahre 1919 wurde er polnischer Gesandter in Bukarest. Dann hat er im Ministerium Sikorski zum ersten Male den Posten eines Außenministers übernommen. Sowohl in Bukarest als auch während seiner ersten Minister-schaft konnte niemand ahnen, welche Talente in diesem Manne schlummern.

Seine erste Programmrede im Kabinett Sikorski mutete akademisch und unreal an. Sie gab lediglich akademische Richtlinien im Sinne der von Pilsudski befolgten Politik, die sich gegen den russophilen Block richtete. Ganz anders trat er auf, als er zum zweiten Male, und diesmal im Kabinett Grabski, Außenminister wurde. Mit einer klaren Selbstbeherrschung ohne gleichen hat er seine Ziele verfolgt, ohne sich auch nur irgendwie von nationalistischen Einflüssen einschüchtern zu lassen. Er ist der einzige Minister, der Maßregeln durchzusetzen wagte, auch wenn sie der bisher alle Minister terrorisierenden Chauvinistenpresse nicht gefielen. Auch sein Vorgehen in Loearno war, wenn man die außerordentlich schwere Situation Polens ins Auge faßt, so wie sie nicht anders sein konnte. Jedenfalls hat er das Verdienst, Polen dort vor einer Isolierung bewahrt zu haben. Und wenn man die katastrophale außenpolitische Lage sich vor Augen hält, in die seine beiden Vorgänger, Seyda und Dmowski, Polen durch ihre ungewöhnlich ungeschickte und nationalistische Außenpolitik gebracht haben, so muß man doch sagen, daß Strzyński während der Dauer seiner Ministerschaft Außergewöhnliches geleistet hat.

Inzwischen ist Strzyński mit seiner Mission gescheitert und das doppelstimmige Wort von gestern zu den Journalisten hat Gestalt gewonnen. Die Ereignisse wechseln, und was Kataj nun tun wird, ist ungewiß.

Grabskis Ende.

Von Robert Piesch, Mitglied der Deutschen Vereinigung im Sejm. Von allen Ministerpräsidenten Polens nach Wiedererhebung des Staates kann keiner eine so lange Lebensdauer aufweisen als Ministerpräsident Grabski. Seit dem Sturze der Witos-Regierung Ende 1923 hat er die Geschicke des Staates geleitet, während in den verschiedenen Ressorts, gar oft den Stimmungen der Parteien über dem Druck der Öffentlichkeit nachgebend, Veränderungen eintraten.

Als durch die schlechte Leitung der Staatsfinanzen durch den Minister Kucharski die polnische Mark eine stürmische Abwärtsbewegung begann und in bodenloser Tiefe zu verschwinden drohte, da ermannte sich der Sejm und gab durch ein Mißtrauens-votum dem Ministerium Witos den Abschied. Die Nach-folge war durchaus nicht leicht zu finden.

Wer sollte den Mut finden, mit starker Hand in das Chaos einzugreifen

und der bestehenden Korruption ein Ende zu bereiten? Das Vertrauen zur Regierung war verloren gegangen, und die pessimistische Auffassung über das Schicksal unserer Finanzwirtschaft hatte die Oberhand gewonnen. In dieser Zeit wurde die Aufmerksamkeit der führenden Kreise auf Wladyslaw Grabski gelenkt, der schon in der Regierung Sikorski das Finanzportefeuille inne hatte und, den Umständen entsprechend, unsere Finanzwirtschaft in den schweren Zeiten geschickt zu führen verstanden hatte.

Grabskis erste Arbeit bei Übernahme des Präsidiums und des Finanzministeriums war die Schaffung einer festen Unterlage für die finanzielle Gebarung des Staates und der Volkswirtschaft. Seine Rationalisierungsvorschläge für staatliche Steuern setzten den Staat in die Lage, seine Ausgaben zu decken, während sie andererseits für die Wirtschaft eine plötzliche überaus starke Belastung mit sich brachten. In übereilter Weise ging er an die Einführung der Goldsaluta. Warnungen, die ihm seitens des englischen Sachverständigen wie auch seitens weitblickender Finanzfachleute des Staates in großer Menge zukamen, blieben von ihm unbeachtet, der Bloß wurde die Grundlage der polnischen Währung.

Gewiß kann man dem scheidenden Premier- und Finanz-minister die Anerkennung für seine mühevolle, energische Arbeit

im Interesse des Staates nicht versagen, dies um so mehr, als auf seiner Ehre kein Fleck lastet und seine Hände rein sind. Mit einer Fähigkeit ohnegleichen nahm er den

Kampf gegen die feindlichen Mächte

auf, die den Wert der neuen Währung zu erschüttern bemüht waren. Mit einem großen Optimismus verblüdete er immer wieder, daß der Bloß fest stehe und die Regierung die Mittel besitze, einen Sturz seines Wertes aufzuhalten. Noch in der Sejmigung vom 12. d. Mts. konnte man diese optimistische Anschauung vernehmen.

Während Grabski einerseits sein Sorgenkind, den Bloß, mit einer besonderen Liebe betreute, bot er alles auf, um im Staatshaushalt das erforderliche Gleichgewicht zu erhalten. Das war nur möglich, wenn die bestehenden Steuern erhöht und neue Abgaben eingeführt wurden. Er griff gleich ins Volle und überschüttete die Bevölkerung mit einem derartig großen Steuer-strauch, daß ihr der Atem verging. Vor allem waren die Vermögensabgabe und die Umsatzsteuer eine derartig hohe Belastung unserer Volkswirtschaft, daß diese zusammenbrechen mußte. In dieser Lage versagte der Wirt Grabskis für die Wirklichkeit.

Er hatte sich in seiner Phantasie ein Sanierungsgebäude aufgebaut,

zu dem die Bausteine durch die Volkskraft herbeigeschafft werden sollten. Daß diese Volkskraft durch den Krieg und die Nachkriegszeit der Erschöpfung nahe war, wollte und konnte er nicht verstehen. Da trat bei ihm

der Charakter des Steuerfiskalisten

stark in den Vordergrund, der der Meinung war, daß nur die eingetragene Steuerträgheit die erhofften Einnahmen vermehren lasse, und daß demnach mit der größten Strenge gegen die säumigen Zahler vorgegangen werden müsse. Leider hat hier Grabski einen in den Ostgebieten des Staates bestehenden Fehler auch den zahlungswilligen Kreisen der Westgebiete angeeignet, und da diese unter dem Eindruck alterzögner Ordnung bisher dem Staate ge-gewesen hatten, was in ihren Kräften stand, so wurde der Steuer-druck maßlos erhöht und führte schließlich zur Steuererschöpfung. Diese Vorgehen zeigte die Rückwirkungen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft.

Die ungeheure Belastung jeder Produktion

verteuerte die Preise so, daß die polnischen Produzenten auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren konnten. Die Werkstätten kamen zum Stillstand, und Hunderttausende von Arbeitern verloren die Verdienstmöglichkeit, damit dem Staate zur Last fallend.

Ministerpräsident Grabski suchte seine Pläne dadurch zu realisieren, daß er immer wieder neue Vorschriften und Anordnungen herausgab, die deutlich zeigten, daß der Finanzminister einen Verzweiflungskampf mit den Wellen, die sein Werk zu verschlingen drohten, kämpfte. Dazu brauchte er die Unterstützung des Parlaments.

Da jedoch der Unwille über die immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse immer tiefer in die Bevölkerung eindrang, so mußte durch Geschenke die Unterstützung der Parteien erkauft werden. Vor allem waren es die Bauernparteien, die aus der Lage der Regierung etwas für sich zu erobern bemüht waren. Das von der Regierung Grabski vorgelegte und gebildete

Agrarreformgesetz

hat als Abzahlung für die Unterstützung der bäuerlichen Gruppen dienen sollen. Daß der Appetit beim Essen kommt, hat der Premierminister nicht beachtet. Als durch das Dazwischentreten des Senats die schon in sicherem Besitz geklaubte Beute zu entrichten drohte, wandten sich die Vertreter der Kleinbauern von der Regierung ab, da sie diese für die unerwünschte Wendung verantwortlich machten. Daselbe Gesetz, das als Geschenk für Pfaffen und Wohlwollente zum Dank für ihre Regierungsgesellschaft bestimmt war, brach dem Kabinett das Genick. Der Kampf wurde gerade von den früheren Freunden Grabskis mit Mitteln geführt, die sonst in Kulturstaaten nicht üblich sind. An derben Vorwürfen und Beschimpfungen hat es nicht gefehlt, so daß es wundernehmen muß, daß Grabski unter diesen Umständen nicht schon lange sein schweres Amt niedergelegt hat.

In die Zeit der Agrarreformberatungen fällt die Bemühung der Regierung, die plötzlich vor leeren Staatskassen steht, einen groß angelegten Sanierungsplan durchzuführen, in dessen Mittelpunkt

die Gewinnung einer ausreichenden Auslandsanleihe

steht. Daß die gegnerischen Parteien die Gelegenheit reichlich benutzten, um Grabski ein Bein zu stellen, war begreiflich. Eine vorübergehende Rettung der Situation gelang durch die Unterstützung der Sozialdemokratie, die gewiß nicht umsonst

erfolgte. Die neugeschaffene Regierungsmehrheit mußte bei der ersten Gelegenheit an ihrem inneren Widerspruch zugrunde gehen. Schon das erste Sanierungsgesetz gab Anlaß zu Angriffen und Ablehnungen, die Grabski als eine Gefahr ansehen mußte. Vielleicht hoffte der Ministerpräsident immer noch, daß bei Annahme des Antrages auf Auflösung des Sejm für ihn eine Zeit anbrechen würde, wo er unabhängig von dem Willen der Volksvertreter seine Pläne verwirklichen könnte. Gewisse

Gerüchte von einer geplanten Diktatur

würden damit ihre Erklärung finden. Die Vorgänge in der Dem-nerklassigung, deren Zeuge der Amerikaner Good war, haben in Grabski die Anschauung gezeitigt, daß seine Person ein Hindernis für die Schaffung normaler Verhältnisse sei, und den Plan des Rücktritts zur Reife gebracht.

Das Ministerium Grabski war seinerzeit unter der Maske eines parteilosen Ministeriums, dessen Aufgabe die Sanierung der Staatsfinanzen war, ins Leben getreten. Sehr bald aber zeigte es sich bei der

Behandlung der Minderheitenfragen,

daß sich diese Regierung von ihren parteiischen Vorgängern durch nichts unterschied. Immer wieder vertritt Grabski die Klagen der Minderheiten, daß die Regelung der Minderheitenfragen sofort nach der Sanierung an die Reihe kommen werde. Inzwischen wurden in den maßgebenden Ressorts Minister eingesetzt, deren vornehmste Aufgabe in der Vernichtung bzw. Anebelung der Minderheiten bestand. Der Bruder des Premiers hat sich hierbei besonders in seiner Stellung als Unterrichtsminister hervor-torgetan. Wenn es nach dem Sinne dieses Herrn gegangen wäre, dann wäre die Minderheitenfrage dadurch aus der Welt geschafft worden, daß man die Minderheiten mit Gewalt zu Gliedern der Mehrheit gemacht hätte. Auch die Innenminister Grabskis, insbe-sondere der Posener Stadtpräsident Katakalski waren richtige Westmarkenmänner, denen es ein Hochgenuß war, wenn man die Deutschen entredete und nach russischer Manier be-handelte.

Die Befehle des Justizministeriums erfolgte nicht mit Rücksicht darauf, daß seine Vertreter vor allem das Recht im Staate zu wahren hatten, sondern ebenfalls den Forderungen der polni-schen Nationalisten stattgaben.

Die Demission Grabskis kam am Freitag für die Sejmperiode ganz unerwartet. Schon zu Beginn des laufenden Monats wußte Herr Grabski nicht, wie er die Verpflich-tungen gegen die Beamten werde erfüllen können. Tatsächlich hat der Staat in einzelnen Teilen Polens am 1. November keine Beamten nicht ausbezahlt. Das läßt tief blicken. Immer wieder wird von Anleihen gesprochen. Der Sejm hatte aber bisher keine Gelegenheit, zu erfahren, ob die Hoffnungen auf den Abschluß der Anleihen begründet sind. Wer weiß, ob nicht die ausländischen Geldverleiher durch die Vorgänge im Sejm wie auch durch die Wirtschaft im Staate abgegründet wurden und nun von einem Darlehen nichts wissen wollen. Das wäre für uns geradezu katastrophal. Trotz aller Erklärungen, daß Polen es nicht zulassen könne, daß seitens auswärtiger Faktoren, so des Völkerbundes, eine Beschränkung der staatlichen Sou-veränität eintrete, bliebe, wie dies ja auch von erstens Männern in den Kommissionen und im Plenum des Sejm erklärt wurde, nichts anderes übrig, als diesen Weg zu gehen.

Die Demission Grabskis ist ein sehr ernstes Sym-p-tom für die Lage, in der sich die Wirtschaft des Staates befindet, ein Menetekel, das nicht übersehen werden darf.

Republik Polen.

Graf Strzyński fährt nach Berlin.

Der „Kurjer Gzerwony“ meldet, daß der Minister Strzyński am 25. d. Mts. nach London reist. Auf seinem Wege dorthin wird er sich in Berlin und Paris aufhalten. Dieser erste politische Besuch des polnischen Außenministers in Berlin steht in engem Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Wirtschafts-verhandlungen und dem Londoner Kongreß, auf dem die Verträge von Loearno unterzeichnet werden sollen.

Konflikte.

Gestern abend haben die Abgeordneten Moraczewski und Barlicki beim Staatspräsidenten vorgeprochen und ihm das Ver-langen unterbreitet, dem Kriegsminister General Sikorski den Antrag zu geben, die mit der Verfassung nicht im Einklang stehenden Maßnahmen zurückzunehmen. Er solle ihn so schnell wie möglich des Postens entheben. Beide Abgeordnete sollen den Standpunkt der Sozialistenpartei hervorheben, die die Rückkehr des Marschalls Pilsudski zum Heere verlangt.

Serabsetzung des Beamtenmultiplikators.

Das Statistische Hauptamt hat festgestellt, daß der Multiplikator der Beamtengehälter für Dezember von 44 auf 43 Groschen herab-gesetzt werden müßte. Der Antrag des Amtes ist dem Innen-ministerium übergeben worden.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich bin im Besitz eines Pakets Mannheimer Waggon von zwölfhundert Stück,“ begann er, „und da ich annehme, daß die Deutsche Bankgesellschaft Interesse für diese Papiere hat, erlaube ich mir, Ihnen dieses Paket anzubieten.“

Mollheim stieß ein höhnisches Krächzen aus und grinste über das ganze Gesicht.

„Ihr Preis, mein Herr?“ fragte Heidenberg.

Walescu lehnte sich in seinen tiefen Fauteuil zurück und ließ sich Zeit mit der Antwort. Er fühlte sich Herr der Situation. Hatten sie Heidenberg nicht in der Hand? —

„Ich möchte die Frage anders stellen,“ sagte er nach der kleinen taktischen Pause. „Was sind Ihnen die Aktien wert? Soweit ich informiert bin, sind diese zwölfhundert Stück gerade das Ringlein an der Wage der Majorität.“

„Allerdings,“ gab Heidenberg gelassen zu. Sie sind richtig informiert. Aber trotzdem würde ich keinen Pfennig über den Preis zahlen, der mir angemessen erscheint.“

„Sind die Papiere sofort verfügbar?“ warf Mollheim ein.

Walescu lächelte verbindlich.

„Selbstverständlich. Sie liegen im Safe Ihrer eigenen Bank.“

„Sehr aufmerksam!“ krächte Mollheim.

Heidenberg erhob sich.

„Sie gestatten, daß ich die Angelegenheit mit meinen Herren bespreche. Wie lange geben Sie mir Zeit?“

„Darf ich morgen wieder vorkommen?“

„Morgen? Ich bitte nur, sich dann an den Herrn Direktor Mollheim zu wenden. Guten Tag, Herr Walescu!“

Der Rumäne wurde gelb im Gesicht vor Wut. Ihn so zu behandeln! Nun gut — man wird ja morgen sehen! Er verbeugte sich und ging hinaus. Als er durch Hannahs

Zimmer ging, nickte er ihr zu und suchte mit siegesgewisser Miene die Achseln. —

Sie atmete tief auf, als sich die Tür hinter ihm schloß. Dernburg und Mollheim traten aus dem Zimmer Heidenbergs, und der Alte sagte, halb zurückwendend:

„Hübscher Junge, dieser Walescu! Zum Einrahmen! Billig wird der nicht sein. Er weiß, daß er uns an der Kehle hat. Die Sorte hat die Noblesse nur in den Backstiefeln.“

„Schön, wir werden also schwächern,“ entgegnete Heidenberg, der ihnen bis an die Tür nachkam. „Geschäft ist Geschäft! — Aber ich gäbe etwas darum, wenn ich wüßte, wer es hier im Hause ist, der mich diesem Expreser aus-geliefert hat. Das macht mich so wütend — das Geld? Wah, der Walescu hat seinen Coup gelandet — man muß sich auch einmal geschlagen bekennen! Aber der Mensch, der mich ihm mit so gebundenen Händen ausgeliefert — der hat nichts zu lachen, wenn ich ihn fasse.“

Mollheim steckte die Hände in die Hosentaschen und sicherte.

„Mich ärgert das Geld! Auf die sogenannten Ehren-points pfeife ich. Die diskontiert Dir nicht einmal die Reichsbank, und die diskontiert doch heute alles. Kommen Sie, Dernburg, wir wollen uns doch einmal hinsetzen und ausrechnen, was wir diesem Wa — — oder wie heißt der Kerl? — wie? Walescu? — schön, Walescu ab-handeln können. Mo'jen, Heidenberg! Mo'jen, schönste aller Privatsekretärinnen!“

Weg war er. Dernburg stampfte hinter ihm drein.

Hannah saß an ihrem Tisch und rührte sich nicht. Die Wangen brannten ihr, denn jedes Wort Heidenbergs hatte sie getroffen wie ein Schlag ins Gesicht. Wenn er dich jetzt anschaut, zitterte sie, bist du verloren!

Er sah sie nicht an. In der Tür seines Zimmers stand er und blickte vor sich hin. —

„Wenn ich nur wüßte — — wenn ich nur wüßte — —!“ hörte sie ihn murmeln.

Und dann sprach er sie plötzlich an.

„Wissen Sie, Fräulein Wehl, ich kann Ihnen nicht sagen, wie mich so etwas empört! Ich — ich kann es gar

nicht sagen. Und daß ich mich dann noch obendrein mit solch einem Subjekt zusammensetzen muß — — Am liebsten würde ich solche Kerle wie diesen Walescu zum Fenster hinausgeschmeißen. Das sind so die Maskeier — —“

Sie fühlte, sie mußte antworten. Jrgend etwas sagen. Aber was? Mein Gott — was?

Er nahm eine Zigarette aus seinem Etui, suchte in der Tasche nach Streichhölzern, fand keine und trat an ihren Tisch heran, um hier eins zu nehmen.

„Nanu, keine Streichhölzchen?“ lachte er erstaunt, als er sah, daß sie keine hatte. „Sie rauchen nicht? Nein? So unmodern?“

„Es schmeckt mir nicht. Aber verzeihen Sie, Herr Heidenberg, die Frage: Müssen Sie denn den Preis bezahlen, den Herr Walescu fordern wird?“

Jetzt, da er so dicht vor ihr stand, hatte sie den Mut, zu sprechen. Ihn sogar anzusehen. Und langsam, unsicher tastete eine große Idee sich in ihr empor.

„Wird mir wohl nichts anderes übrig bleiben,“ erwiderte er.

„Gibt es keinen anderen Weg?“

Er sah sie an. Einen Augenblick lang gerade in die Augen hinein — — und sie hielt stand.

„Wissen Sie einen?“ fragte er.

„Ja, Herr Heidenberg. Wenn ich Sie wäre, würde ich eher versuchen, mich mit Kronau zu verständigen, ehe ich mir die Bedingungen eines — — nun ja, eines Expresers diktieren lassen würde. Ich würde mich aufsetzen und zu ihm hinfahren.“

„Er wird mich nicht empfangen.“

„Der Generaldirektor der Deutschen Bankgesellschaft empfängt man.“

„Wenn er mich schon empfängt, wird er mich nicht an-hören.“

„Wenn ich dieser Generaldirektor der Deutschen Bank-gesellschaft wäre, ließe ich es darauf ankommen! Ich habe zwar nicht die Ehre, lange unter Ihnen zu arbeiten, Herr Heidenberg, aber ich habe immer geglaubt, daß Sie Ihre Aktionen nie mit einem „Wenn“ einleiten.“

(Fortsetzung folgt.)



Freitag, 20. November 1925.

Geängnis für die Gräfin Bothmer.

Nach 3/4 hündiger Beratung und einstündiger Begründung verkündete gestern gegen 12 Uhr nachts der Vorsitzende im Prozeß gegen die Gräfin Bothmer folgendes Urteil: Die Angeklagte, Gräfin Bothmer, ist sowohl in den Potsdamer wie in den Potsdamer Fällen des Diebstahls schuldig. Sie wird wegen Diebstahls in vier Fällen zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Drei Wochen davon gelten durch die Untersuchungshaft verbüßt. Ein Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung der Gräfin wurde vom Gericht wegen Verdunkelungsgefahr abgelehnt. Als der Haftentlassungsantrag abgelehnt worden war, rief die Gräfin Bothmer: 'Morgen lebe ich nicht mehr!'

Deutsches Reich.

Ergebnisse der hessischen Provinzial-Parlamentswahl.

Darmstadt, 19. November. (R.) Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen wird sich die Zahl der Mandate voraussichtlich folgendermaßen verteilen: Sozialdemokraten 44 Zentrum 21. Deutsche Volkspartei 13. Demokraten 9. Deutschnationale und Hessischer Landbund 24. Kommunisten 7.

Blutige Schlägereien in einer politischen Versammlung.

Dresden, 19. November. (R.) Wie die Blätter melden, kam es in einer von der national-sozialistischen Arbeiterpartei nach dem Chemnitzer Ballhaus-Marmorpalast einberufenen Versammlung zwischen zahlreichen ergriffenen Kommunisten und den national-sozialistischen Versammlungsteilnehmern zu einer schweren Schlägerei, bei der 60 Personen, darunter 2 Polizeibeamte, teils schwer, teils leichter verletzt wurden, der Polizei gelang es, die Häufelstörer zu verhaften.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 19. November.

Der Verein der Bürgermeister Großpolens

hielt gestern in Posen im Stadtverordnetenversammlungssaal eine Versammlung ab. Wegen Dienstabzeichen für die Bürgermeister, wie sie bereits in Pommerellen bestehen, wird sich der Verein an den Wojewoden wenden.

Neue Liquidierungen.

Zur Liquidierung bestimmt sind laut 'Monitor Polski' Nr. 261 und 264 vom 10. und 13. November folgende städtische Grundstücke: in Strassburg, Ernst Krieger; Soldau, Emil Lenski; ebendort, Rosa Grünberg; Rawitsch, Oswald Puzle; Dobrzyce, Kr. Protoschin, Marie und Emilie Heinke; Bromberg-Prinzental, Franz Müller; Rogasen, Reiser Hellberg und Frau; Strelno, Luise Lewin; Czini, Siegfried Stein; Strassburg, Erben des Karl Hoffmann; Ulsch, Richard Krüger; Rehden, Robert Konke; Szroda, Otto Wendland; Neustadt-Schloß, Kr. Neutomischel, Theodor Dalüge und Frau; Ostrowo, Maria Barthel geb. Brüdner; Stargard, Anna Marohl; Graudenz, Adelina Eva Herzberg geb. Pethle; Neutomischel, Joh. Oehl; Birke, Kr. Weinbaum, Ephraim Stadtbergen; Ulsch, Kr. Kolmar, Emil Eichler; Posen-Wilda, Paul Steinle, Posen und Puszczykowo, Konstantin Günther; Kotel, Marie Müller geb. Koberle; Schwob, Rudolf Barilowski; Graudenz, Mag. Heinrich und Albert Israel; Graudenz, Jürgard Reich; Zduny, Kr. Protoschin, Maria Scharke; Crone a. B., Maria Hammerstein; Aleskow, Kr. Gnesen, Meta Schubert; Waschkowo, Kreis Rawitsch, Friedrich Ernst Klumpel; Poniec, Kr. Gostyn, Ottilie Kroll geb. Köbler, Jutroschin, Kr. Rawitsch, Mag. Wagner; Rychtal, Kr. Kempen, Klara Ruszkowski; Neustadt, Paul Kaufmann; Posen-Fersitz, Leo Krash; Janowo, Kr. Rawitsch, Klara Wandle geb. Koftauscher; Gdingen, Karl Hill; Opalenizka, Otto Steinborn; Posen-Wilda, Marie Schmidt geb. Linke; Pnin, Kr. Schrimm, Henriette Brownfurth geb. Müller; Posen-Alstadt, Sara Guthwiry geb. Moses; Posen-Lazarus, Emma Berg, geb. Weischen; Mieska-Gorka, Kr. Rawitsch, Selma Schneider geb. Stahm; ebendort, Agnes Riehe; ebendort, Anton Schwarz; Raloniawic, Kr. Wollstein, Emilie Kade geb. Kuszick; Posen-Fersitz, Otto Steink; Bojanowo, Kr. Rawitsch, Margarete Kaege geb. Kefemann; Posen-Fersitz, Alfred Keeschlager; Thorn, Wilhelm Wilhelms; Kwowel, Kr. Neutomischel, Edel Schlich; Posen-Solatsch, Friedrich Buchholz; Stalmierzke Lowe, Kr. Ostrowo, Emanuel Aufrecht; Raszczorz, Kr. Wollstein, Ernst Friedrich Finkler; Dirschau, Wilhelm Winter.

Die ältesten Bromberger Kirchen.

In diesen Tagen weilt, wie die 'Deutsche Rundsch.' berichtet, der Bischof Laubitz aus Gnesen in Bromberg, um die Pfarrkirche und die Klarissinnenkirche einzuwelben und in mehreren Kirchen die Firmung zu erteilen. Die Ankunft des Bischofs erfolgte Sonnabend mittags, seine Abreise am Montag nachmittag. Am Sonntag fand die Weihe der vor einiger Zeit im Innern vollständig restaurierten Pfarrkirche statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Prälat Malczewski die Predigt, in der er interessante Angaben machte über die ältesten Kirchen in Bromberg.

Die älteste Bromberger Kirche war danach die Tegeldins-Kirche, die in der Nähe der 'Brug' stand, nicht weit von der heutigen Garnisonkirche. Erbaut wurde diese Kirche im 13. oder im Anfang des 14. Jahrhunderts. Sie war die Bromberger Parochialkirche. Als die Stadt sich zu entwickeln begann, wurde im Jahre 1309 an der Stelle der heutigen Pfarrkirche eine neue Kirche aus Holz gebaut, die bis zum Jahre 1460 bestand, bis zu der schrecklichen Feuersbrunst, wodurch damals fast die ganze Stadt vernichtet wurde. Darauf taten sich die Bromberger Katholiken zusammen, und es gelang ihnen, eine neue, massive Kirche zu erbauen, die sie die Kirche des heiligen Martin benannten und in der vom Jahre 1466 an Gottesdienst stattfand. Dies ist die jetzige Pfarrkirche.

Anfangs des 17. Jahrhunderts hat man dieser Kirche eine besondere Sorgfalt zugewandt. Sie wurde mit einem Kranz von Kapellen umgeben, die 200 Jahre lang bestanden haben. Ende des 18. Jahrhunderts fand ein allmählicher Verfall dieser Baulichkeiten statt, und im 19. Jahrhundert verschwanden sie ganz. Zu diesem Verfall haben beigetragen der schwerkliche Einfall, die Heiten der Kapellen, die inneren Wirtzen vor der Teilung, sowie endlich auch die Teilungen selbst. Bevor die dritte Teilung stattfand, hat man das wertvolle Silber der Kirche verkauft, um den Bau zu retten. Den Erlös für das Silber verwandte man aber schlißlich zugunsten des Aufstandes von Kosciuszko. Nach der dritten Teilung war die Pfarrkirche so verfallen, daß sie als Kirche nicht mehr benutzt werden konnte, sie wurde dann von den preussischen und den napoleonischen Heeren belegt. Man benutzte sie auch als Speicher; die Gottesdienste fanden dann in der benachbarten Jesuitenkirche statt.

Vor hundert Jahren erst begann man mit der Restaurierung der Pfarrkirche. Die innere Ausstatung mit Altären, Kanzeln usw. wurde von der Karmeliter-, der Benhardiner- und der Klarissinnenkirche

hergenommen, die damals kassiert wurden. Die letzte Restaurierung der Pfarrkirche führte der Propst Stefan Chotajzewski durch; da indessen die Mittel sehr knapp waren, so konnte das nicht in dem Maße geschehen, wie es erforderlich gemeint wäre.

Jagdverbot für Militärpersonen auf staatlichem Gelände.

Die Militärbehörden sind vom Kriegsministerium dahingehend benachrichtigt worden, daß es Militärpersonen verboten ist, auf dem Gelände der staatlichen Güter die Jagd auszuüben. Es sind daher sowohl Offiziere, wie Unteroffiziere und Mannschaften verpflichtet, sich unbedingt bei den Vorkaufsbehörden zu legitimieren. Ohne Erlaubnis Jagende werden rücksichtslos zur Verantwortung gezogen. Von vorstehender Anordnung sind alle Funktionäre, die eine Auffsichtstätigkeit auf den staatlichen Gütern ausüben, in Kenntnis gesetzt worden.

Die St. Matthäigemeinde gibt auch auf diesem Wege ihren Mitgliedern bekannt, daß, wie alljährlich, der Kirchchor am Totensonntag, abends 8 Uhr eine liturgische Abendfeier abhält; die Sammlung beim Ausgang aus der Kirche ist bestimmt für die schwere und umfangreiche Armenarbeit der Gemeinde.

Versteigerung. Morgen, Freitag, findet um 10 Uhr vorm im Städtischen Polizeiamt, Zimmer 18, die übliche öffentliche Versteigerung statt. Es werden 2 Ziegen und 1 Wolfshund versteigert.

Gestohlen wurden aus dem Hause ul. Strumykowa 36 (fr. Nachstraße) einige Pfund Wolle im Werte von 30 Zl.

Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute, Donnerstag, früh + 1,63 Meter, gegen + 1,50 Meter gestern früh.

Vom Wetter. Gest, Donnerstag, früh war bei klarem Himmel 1 Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonnabend, 21. 11.: Evang. Verein Junger Männer: Wochenschluß-Andacht.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 22.—29. November.

Sonntag 1/8 Uhr Beichtgelegenheit. 9 Uhr Predigt und Amt mit Generalkommunion des Gefellenvereins und des St. Antoniusvereins kath. Jünglinge. 3 Uhr Fürbittegebete für die Verstorbenen. 4 Uhr Andacht des lebendigen Rosenkranzes. Montag 1/8 Uhr weltliche Feier des Stiftungsfestes des Gefellenvereins und des Jünglingsvereins in der Grabenbrücke. Von Mittwoch, 25. November, bis Freitag, 4. Dezember, fällt an Wochentagen die hl. Messe und Beichtgelegenheit aus (Volksmission in Kolmar). Sonnabend 5 Uhr Beichtgelegenheit.

Bojanowo, 18. November. Nach langen Bemühungen ist es der hiesigen Polizei gelungen, fünf Fühnerdiebe zu ermitteln und festzusetzen. Sie haben eine ganze Zahl Einbrüche und Fühnerdiebstähle eingestanden und hatten sich auch schon die Papiere besorgt, um nach Frankreich als Arbeiter auszuwandern, damit sie sich ihrer zu erwartenden Strafe entziehen konnten. Wie ungefähr festgestellt ist, haben die fünf Spitzbuben etwa 130 bis 140 Hühner, Puten, Kaninchen und verschiedenes andere, was sich ihnen in den Weg stellte, gestohlen.

Bromberg, 18. November. Überfahren wurde gestern nachmittag in der Chaussee durch das Auto des Arztes Dr. Kantel, das er selbst führte, eine Frau Hermann, wohnhaft Grunstraße 4 in Schleusenau. Sie wurde erheblich verletzt und zunächst in einen nahe gelegenen Laden gebracht. Aber die Schuldfrage ist die Untersuchung eingeleitet.

Inowroclaw, 18. November. Ein Dreipfundbrot, das bisher 55 gr gekostet hat, kostet bei verschiedenen Bäckern nur noch 50 gr. Der Wäldermeister A. verkauft das Dreipfundbrot sogar schon zum Preise von 40 gr. Warum also noch immer der große Unterschied im Brotpreise, da doch die Getreidepreise überall die gleichen sind? Sind die Herstellungskosten bei Herrn A. vielleicht geringer, als bei den anderen Bäckern?

Lissa i. P., 17. November. Die Stelle des Direktors des hiesigen Postamts übernahm gestern der bisherige Postdirektor in Bentschen Edmund Reklaff. — An Alkoholvergiftung erkrankte gestern abend das Arbeiter-Ghepaar Jan Dyzgat, wohnhaft an Klausweg 2. Die Frau wurde bereits als Leiche in das städtische Krankenhaus gebracht, während Dyzgat schwer an Alkoholvergiftung darniederliegt.

Kotel, 18. November. Der 'Deutschen Rundsch.' wird von hier berichtet: Die evangelisch-deutschen Schulkinder aus der Kotelier Umgegend besuchen auf Anordnung der Schulbehörde die evangelische Schule in Kotel, nachdem die evangelischen Schulen an mehreren Orten geschlossen wurden, wie z. B. in Steinburg und Wertheim. Nun haben die betreffenden Eltern in den letzten Tagen eine unangenehme Überraschung erlebt. Von der Evangelischen Schulkasse (Kassa szkolna ewangelicka) bei der Kommunalkasse Kotel erhielten sie eine Benachrichtigung, wonach sie auf Grund einer Verordnung der Schulbehörde den auf sie entfallenden Teil des Schulbudgets der evangelischen Schule Kotel, d. h. für jedes Kind, das die evangelische Schule Kotel besucht, in Höhe von 41 Zl zu entrichten haben, und zwar binnen 14 Tagen! Wer diese Summen zu zahlen nicht instande ist, kann beim evangelischen Schulrat (Schulvorstand) Kotel Einspruch erheben. Dabei zahlen die betreffenden Eltern eine Schulsteuer am Wohnorte selbst.

Reythal, 17. November. Der Viehhändler Hermann Zempel, der vor etwa sechs Wochen als verschwandener gemeldet worden war, ist dieser Tage als Leiche aus der Reke herausgeholt worden. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, ist bis jetzt nicht ermittelt worden. Zempel war etwa 62 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe mit mehreren Kindern, die bereits Untertanen in Deutschland gefunden haben.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Zomasow, 18. November. Vor einiger Zeit lernte der Gefängniswärter Lis die hier wohnende Janina Fronczak, die Tochter wohlhabender Eltern, kennen, und es gelang ihm auch, in das Haus der Eltern des Mädchens Eingang zu finden. Nach einiger Zeit hielt er um die Hand der Tochter an und wurde als Schwiegerjohn willkommen geheißen. Eine längere Zeit hindurch waren die Brautleute ständig zusammen. Gestern früh begegneten sich beide wieder in der Stadt, und es kam zwischen ihnen zu einem heftigen Streit. Blöcklich zog Lis einen Revolver hervor, schob zweimal auf seine Braut, richtete dann die Waffe gegen die eigene Schläfe und fiel, von einer Kugel getroffen, tot zu Boden. Die sich ansammelnde Menschenmenge bemühte sich sogleich um das Mädchen, das in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause gebracht wurde. Die Leiche des Lis wurde in das Leichenschauhaus gebracht.

Aus dem Gerichtssaal.

s. Posen, 18. November. Im Streit wegen der Mitgift hatte der Händler Antoni Jaworowicz aus Czmoñ, Kr. Schrimm, am 6. Februar d. J., 3 Monate nach der Hochzeit, seine junge Frau mit der Art erschlagen. Die Strafkammer Posen, die am Dienstag in Schrimm eine Sitzung abhielt, verurteilte Jaworowicz zu 5 Jahren Zuchthaus.

Bromberg, 18. November. Vor dem Kreisgericht fand, der 'Gazeta Wdgoska' zufolge, eine Verhandlung gegen den Stadtpräsidenten Dr. Slimiński wegen Verleumdung statt. Kläger war der ehemalige Redakteur der 'Gazeta Wdgoska', Dr. Blazejowski. Er klagte sich dadurch beleidigt, daß Dr. Slimiński ihm öffentlich den Vorwurf gemacht hat, er habe in Rußland wäh-

rend des Weltkrieges in bolschewistischen Diensten gestanden und dadurch Polen geschädigt. In der Klagebeurteilung behauptete der Kläger, daß seine Ehre durch Dr. Slimiński angegriffen worden sei. Das Gericht, das unter dem Vorsitz des Richters Luskiwicz tagte, beurteilte, wie schon kurz berichtet, den Angeklagten nach Vernehmung der Zeugen, Ingenieur Zabeusz Janicki, des Abg. Edmund Wigoński und des Redakteurs Konrad Fiedler, zu 400 Zloty Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu einem Monat Gefängnis. Das Gericht ging bei seinem Urteil von dem Standpunkte aus, daß der Angeklagte in einem Schreiben an das Gericht sich dazu bekannt hatte, daß er tatsächlich gegenüber dritten Personen über Dr. Blazejowski Nachrichten verbreitet hat, die seiner Ehre als einem Polen nahebringen. Die Zeugen haben dies bestätigt. Der Entlastungszeuge, Abg. Wigoński, den der angeklagte Stadtpräsident als Quelle für seine Angaben hatte vorladen lassen, sagte nichts aus, was als Wahrheitsbeweis für die Angaben Dr. Slimiński hätte dienen können.

Thorn, 18. November. Wegen Aufreizung der Bevölkerung wurde ein Anastazy Slowiński zu 50 Zl Geldstrafe verurteilt. Auf einer Versammlung des Mietervereins, in der die Frage von Ermittlungen besprochen wurde, äußerte sich S. wie folgt: 'Falls ich aus meiner Wohnung ermittelt werden sollte, würde ich den, der mich ermittelt, mit der Art zerfleischen. (l) So sollte es ein jeder machen!'

s. Warschau, 18. November. Der Rechtsanwalt Dr. Hofmoli-Ostrowski, der seinerzeit während einer Gerichtsverhandlung schob, wurde, wie dem 'Dziennik' berichtet wird, zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt, aber gegen eine Kaution von 5000 Zl auf freiem Fuß belassen.

Eingefandt.

(Für diesen Teil übernimmt die Schriftleitung nur die pressgesetzliche Verantwortung.) Die Steuern.

Gibt es noch etwas, das steuerfrei ist? O ja, es gibt Vieles. Denken wir nur einmal darüber nach. Neuerdings wird die staatliche Wohnungssteuer erhoben; jeder muß zahlen, ob arm, ob reich. Wand einer armen Mutter und so manch einer armen Witwe treten bittere Tränen in die Augen, und das Herz krampt sich zusammen in bitterem Weh; denn es fehlt das nötige Geld, um das tägliche Brot kaufen zu können für die hungernden Kinder und den Kartoffelvorrat für den Winter, abgesehen von warmer Kleidung und Kohle, die fehlt. Aber die Steuern müssen gezahlt werden, da gibt es keinen Pardon! Nun gibt es so vieles anderes zu besteuern. Weshalb werden die Junggesellen zur Steuerzahlung nicht herangezogen? Dafür könnten die armen Witwen steuerfrei bleiben, die sehr teuer und bitter kämpfen müssen, um den Lebensunterhalt für sich und die armen unmündigen Kinder zu bestreiten. Jeder Junggeselle, der militärfrei ist, müßte vom Staate zur Steuerzahlung herangezogen werden, das wenigste aufs Vierteljahr 100 Zl (11), so lange, bis er verheiratet ist. Auch sollte eine Kindersteuer erhoben werden. Eine Familie unter drei Kindern müßte für jedes Kind und Vierteljahr 10 Zl Steuern zahlen bis zur Volljährigkeit des Kindes. Familien mit vier und mehr Kindern müßten von dieser Steuer frei bleiben. Ebenso sollte für jedes außerheliche Kind von dem Vater des Kindes eine angemessene Steuer erhoben werden. Dafür könnten sicher Familienhäuser gebaut werden. Das wäre gewiß nicht mehr als gerecht zugunsten der armen Witwen und Waisen, die viel bitteres Leid und große Not aushalten müssen. Eine arme Mutter mit unmündigen Kindern.

Briefkasten der Schriftleitung.

Anstufte werden unseren Lesern gegen Einreichung der Besorgungsumlage anvertraut, über ohne Gewähr erteilt. Jeder Eintrag ist ein Briefumschlag mit Postmarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1/4 Uhr.

E. R. Vermögenssteuer 1925. 1. Der Standpunkt der Behörde ist formell richtig. 2. Eine gemöhnliche Hypothek ist mit 15% aufzuwerten. 3. Nach der Stammschuld. 4. Das können wir Ihnen nicht sagen. 5. Nein.

Radiotalender.

Rundfunkprogramm für Freitag, 20. November. Berlin, 505 Meter. Abends 7.30: Sendespiel 'Lannhäuser'. Breslau, 418 Meter. Abends 8.30: Schubert-Abend. Königsberg, 463 Meter. Abends 8 Uhr: Militärtongert. Rom, 425 Meter. Abends 8.40: Sinfonietongert. Rundfunkprogramm für Sonnabend, 21. November. Berlin, 505 Meter. Abends 8.30: Konzert; 10.30—12 Uhr nachts: Tanzmusik. Breslau, 418 Meter. Abend 8.30: Weiteres Orchestertongert. Königsberg, 463 Meter. Abends 8.10: 'Beer Gyn', dramatisches Gedicht von Jphen mit begleitender Musik von Grieg. Münster, 410 Meter. Abends 8.30: 'Das Mädchen von Heilbronn' von Kleist. Zürich, 515 Meter. Abends 8.30: Alte Lieder und Worte.

Geschäftliche Mitteilungen.

= Während der Monate Dezember und Januar veranstaltet die Meederei Viktor Schuppe - Berlin mit ihrem Doppelschraubendampfer 'Beer Gyn' einen direkten Passagierdienst zwischen Genua und Alexandrien. Kabinen nur 1. Klasse einschl. Verpflegung sind ab 500 Mk. bei allen Reisebüros des In- und Auslandes zu belegen. Auskünfte erteilt ferner Meederei Viktor Schuppe, Berlin W. 7, Dorotheenstr. 30. Tel. Btr. 9765/69. Tel.-Adr.: 'Seeschuppe'.

Advertisement for 'Weismachtsfest' (Christmas Eve celebration) in 5 weeks. The text describes the festive atmosphere, the variety of goods available for purchase, and encourages customers to visit the store for a wide selection of products. The store is identified as 'Posener Tageblatt'.



Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Industrie.

Die Entwicklung der Radio-Industrie Polens befindet sich noch sehr in den Anfängen, soll aber jetzt in lebhafterem Tempo gefördert werden.

Die Produktion von Holzkohle und Holzäzestillaten in Polen hat trotz des gewaltigen Holzreichtums unseres Landes noch keinen sehr bedeutenden Umfang angenommen.

Handel.

Für die Aufhebung polnischer Ausfuhrzölle für Eisenerz und Kiesabbrand (Pyritasche) hat sich das Zollkomitee in seiner letzten Konferenz ausgesprochen.

Die Tschechoslowakei und der neue polnische Zolltarif. Die tschechoslowakische Regierung wird der polnischen Regierung in den nächsten Tagen ihre Zollforderungen mitteilen.

Die Großhandelspreise für Rohmetalle in Polen notiert der Verband Polnischer Metallindustrieller (Zjednoczeni Polscy Przemyslowcy Metalowi) je Tonne franko Waggon Verladestation, wie folgt:

Das Recht, russische Zölle zu erlassen ist vom Rat der Volkskommissare dem Zolltarifkomitee übertragen worden, soweit es sich um Beträge von nicht mehr als 3000 Rubel in jedem einzelnen Fall handelt.

die Ein- und Ausfuhr solcher Waren zu entscheiden, die einem Ein- oder Ausfuhrverbot unterliegen, mit der Maßgabe, daß in jedem einzelnen Fall der Wert der ein- oder auszuführenden Waren 5000 Rubel und der Gesamtwert jährlich 500 000 Rubel nicht überschreitet.

Der Getreidezoll in Österreich ist nach einer Meldung der „A. W.“ auf 0.70 Goldkronen für 100 kg Weizen und bessere Sorten Gerste und Hafer erhöht worden.

Geldwesen.

Panik an der Börse in New York, 18. November. An der heutigen Börse trat nach einer vorübergehenden Festigung eine panikartige Baisse ein, die ihren Hauptgrund in dem hohen Geldsatz von 5 Prozent und in der Befürchtung einer Erhöhung des Rediscontsatzes der Federal Reserve Bank of New York hatte.

Spareinlagen in Deutschland, Berlin, 19. November. (R.) Nach der statistischen Korrespondenz sind den öffentlichen Sparkassen Preußens in den ersten dreiviertel Jahren des Jahres 1925 542,5 Millionen Mark zugeflossen.

Lettlands Geldumlauf bezifferte sich, nach soeben veröffentlichten Angaben, am 1. Oktober auf insgesamt 94,75 Millionen Lat, wovon 37,32 Mill. auf Staatskassenscheine, 28,45 Mill. auf Metallgeld und 28,98 Mill. auf Noten der Bank von Lettland entfielen.

Märkte.

Getreide, Warschau, 18. November. Geringeres Angebot bei verstärkter Nachfrage. Im allgemeinen behauptete Preise. Für 100 kg fr. Verladestation, in Klammern fr. Warschau: Roggen Vollgewicht 17 (18,25), Weizen 126 f holl 24,50, 128 f holl 25,50.

Mehl, Lodz, 18. November. Mehl der Firma A. Deutschmann in Kalisch: Roggen-Luxusmehl 34,75, „0000“ 33,50, „00“ 24 für 100 kg. Mehl der Gebr. M. u. L. Kowalski-Kalisch: Weizenmehl Nr. 1 46 für 100 kg, 38,30 für 82 kg, 37,35 für 80 kg, „000“ 28 für 100 kg.

Kartoffeln, Warschau, 18. November. Großes Angebot und recht zahlreiche Umsätze franko Verladestation waggonweise: Speisekartoffeln 4 zt, Fabrikkartoffeln 3,20.

Kohlen, Warschau, 17. November. Je 1 t frei Verladestation. Karwiner Koks 46 zt, oberschlesischer Koks 31 zt, Teschener Kohle, gewaschen 46 zt, obersch. Grobkohle 25,60, Dabrower Grobkohle 24,20.

Holz, Danzig, 18. November. Auf dem Export-Holzmarkt größere Nachfrage nach englischen Bohlen. Gute Bohlen zu Bauzwecken cif. englischer Hafen 14 Pfd. Sterl., erhöhte Nachfrage nach kiefernen Stammklötzen für Deutschland zum Preise von 40 sh für 1 cbm frei Waggon Danzig.

Baumaterialien, Warschau, 17. November. Preise für 1 kg ab Fabriklager: Isolier-Gudronit Nr. 1: 1-0,65, Gudronit Nr. 3: 1-1,20, Karbolinum 0,30, schwarzer Eisen- und Holzlack 0,70, Dachteer 0,30, roter Gudronitlack 1,05-1,15, Mineralfarben rot- und schwarz 0,80, Dachpappe 1 x 7 Meter Nr. 0000 je Rolle 5,80, Nr. 000 4,75, Nr. 00 3,50, Gudronitpappe je Quadratmeter 0,60 bis 1 zt, Gudronitfz für Grundwasserisolation 1,50.

Leder und Häute, Bielitz, 18. November. Sohlenleder: inländ. 6,50-7, ausl. 6,60-7,10, Croupons Eichengerbung 7,50-8, Croupons Chromgerbung 7-7,50, gefettetes Juchten bis 2 mm 9-10, ungefettetes Juchten, weißes und farbiges Glanzleder 7-8, schwarzes Kalbleder, Chromgerbung 1,75-1,85, farbig 1,80-1,95, Futterleder 1-1,10, Allaun-Rohleder gefettet 1,50-2,20, II. 5,60-6, III. 5-5,20, Roßleder: 1 Fuß 1,30-1,40, rohes Rindleder 1,40-1,60 je kg, Kalbsleder 2-2,30, Roßleder 10-12 je Stück.

Metalle, Warschau, 18. November. Großhandelspreise pro Tonne fr. Waggon Verladestation: Rohgußeisen Staporow (loko Hütte) Nr. 0 156, Nr. I 148, Nr. II 143, Nr. III 138, Rohgußeisen Czestochowa Nr. 0 150, Nr. I 148, Nr. II 140, Nr. III 135, Rohgußeisen Wirkowice Nr. I 169, inländ. Handelseisen 205, Büttchereisen, heiß gewalzt 240, kalt gewalzt 435, Walzeisen (runder Draht vom 5 1/2-13 mm quadratisch von 5 1/2-8 mm) 255, Blech 260.

Chemikalien, Warschau, 18. November. Preise für 100 kg nach den Solvay-Werken. 1. Preis fr. Fabriklager, 2. Preis fr. Lager Warschau, 3. Preis mit Zustellung ins Lager des Empfängers. Amniaksoda 19,23% und 24,70, Kristallsoda 11,40, 15,40 und 16,60, Kaustische Soda in Trommeln zu 50 kg 48, 54,20 und 45,40, in Trommeln zu 380 kg 45, 51,10 und 52,30. Natrium Bicarbonicum (-), 47, und 48,20, Chlorkalk (-), 36 und 37,20.

Posener Börse.

Table with 4 columns: Date, Price, Name, Price. Lists various stocks and their prices on the Posener Börse.

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Table with 4 columns: Date, Price, Name, Price. Lists various stocks and their prices on the Warschauer Börse.

Tendenz: etwas fester.

Danziger Börse.

Table with 4 columns: Date, Price, Name, Price. Lists various stocks and their prices on the Danziger Börse.

Tendenz: etwas fester.

Berliner Börse.

Table with 4 columns: Date, Price, Name, Price. Lists various stocks and their prices on the Berliner Börse.

Tendenz: schwach.

Table with 4 columns: Date, Price, Name, Price. Lists various stocks and their prices on the Berliner Börse.

Table with 4 columns: Date, Price, Name, Price. Lists various stocks and their prices on the Berliner Börse.

Table with 4 columns: Date, Price, Name, Price. Lists various stocks and their prices on the Berliner Börse.

Ostdevisen, Berlin, 19. November, 2<sup>o</sup> nachm. Anszahlung Warschau 59,60 und 59,90, Große Polen 59,94 u. 60,56, Kleine Polen 60,44 und 61,06.

Börsen-Anfangstimmungsbild, Berlin, 19. November, mittags 12<sup>o</sup> Uhr. Unter dem Eindruck der sich infolge der fort schreitenden Wirtschaftskrise ständig erhöhenden Anzahl der Geschäftsaufsichten und Konkurse bei den verschiedensten Branchen und heute besonders der von der Berliner Mittel-Bankfirma Labandstiel & Comp beantragten Geschäftsaufsicht bleibt die Börse weiter matt bei neuerlichen Kursrückgängen von 1 bis vereinzelt 2 Prozent.

Der Zloty am 18. November. Zürich: Ueberw. Warschau 88,00. London: Ueberw. Warschau 82,37, Neuyork: Ueberw. Warschau 16,50, Wien: Zloty 104,80-1,5.80, Ueberweisung Warschau 104,9, Prag: Zloty 491,50-494,50, Ueberw. Warschau 489-495, Budapest: Zloty 10,570-10,720, Bukarest: Ueberw. Warschau 81,25, Tschernowitz: Ueberw. Warschau 31,00, Riga: Ueberw. Warschau 85,0.

1 Gramm Feingold wurde für den 19. November 1925 auf 4,4862 zt festgesetzt. (M. P. Nr. 268 vom 18. November 1925). (1 Goldfranken gleich 1,8024 zt.).

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.

Advertisement for Damon- und Kinder-Schürzen, Knornte Auswahl! Allerbilligste Preise! S. Kalamajski Poznań, Toruń.

Advertisement for Selbständige, arbeits-freudige Person für frauenlosen mittleren Restaurationshaushalt in Kleinstadt gesucht. Angeb. u. N. 1900 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Advertisement for Bijouterien, Uhren und Regulatorien. Eigene Reparaturwerkstatt. Spezialität Trauringe nach Bestellung. A. Matysiak, Juwelier Poznań, Sw. Marcin 8/10 (an der St. Marinkirche u. vis-à-vis Kurzer P.).

Aufgebot. Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß 1. der Kaufmann Hermann Bürger, wohnhaft in Berlin, 2. die Johanna Casper, ohne Beruf, wohnhaft in Berlin-Lankwitz, vorher in Golanetz Kr. Wagrowiec, die Ehe mit einander eingehen wollen.

Wer leicht geg. hohe Zinsen auf 1/2 Jahr od. monatl. Rückzahlung 200 Z. o/f. Angebote unt. 1928 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. Berlin, den 16. November 1925. Der Standesbeamte. Beyer.

Holz-Verkauf! Aus Durchforstungen und Totalität der Gutsforst Bronitowo sollen Montag, den 23. November 1925, vorm. 9 Uhr im Gutschaus zu Bronitowo öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden: Kiefer 90 cm Knüppel II. - Reisig nach Vorrat. Bronitowo, den 18. November 1925. Die Forstverwaltung.

ACHTUNG! I. Kl. verkauft 850 pro Raummeter, II. „ „ 6,50-7,25 Waggonmaß der Kleinbahnschwellen 150 lang 9,50 Verladestation. Gegen Zahlung v. 30% a conto, Restbetrag per Nachnahme, liefert: Herr I. Andreas, Holzhandlung, Piotrow-Obrzysko. Wirttschaftsinspektor, polnisch sprechend, zu sofort oder später gesucht. Off. u. N. 1916 an die Geschäftsst. d. Blattes. Dom. Orla, p. Koźmin.

Hilfsförster unterh., per 1. 1. 1926 gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen an Rentamt Przyszwiee, pow. Rybnik (G.-Śl.). Zu sofort zuverlässiges, junges Mädchen als Assistentin für mein Laboratorium für den ganzen Tag gesucht. Hammer, Handelschemiker, Poznań, 3. Rajca 5. Junge Kontoristin wünscht sich per sofort oder später zu verändern, evtl. als Gutssekretärin. Gefl. Angeb. unt. N. 1913 an die Geschäftsst. d. Bl. erb. San-wirtschaftler mitte 30er J. egl., mit guter Schulbildung, tüchtig im Haushalt, sucht zum 1. Januar 1926 Stellung als Wirtin oder bei größerer Herrschaft als Hausgebiner. Sie würde auch privaten Haushalt führen. Vorstellung kann auf Wunsch erfolgen. Gefl. Anerbieten unter 1787 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Strümpfe Socken Handschuhe Besonders wohlfeil. S. Kalamajski Poznań, Toruń.

Kontoristin mit Büroarbeiten vertraut auch Kenntnisse in Stenographie und Schreibmaschine sucht zum 1. Dezember 1925 Stellung. Off. unt. Nr. 1920 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche ersten Beamten unterheiratet, poln. sprechend, erfahren im Ribenbau, für meine intensive Wirtschaft zum 1. Januar 1926. Meldung nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsanfrage erbeten an K. v. Wegner, Ostaszewo toruńskie.

Gesucht möbl. Zimmer für gebildeten Herrn bei alleinlebender Dame. Off. unt. N. 1929 a. d. Geschäftsst. d. Bl. S. Kalamajski, Poznań, Toruń.

Wollene Unterkl. idung für Herren, Damen u. Kinder. Gut! Billig! S. Kalamajski, Poznań, Toruń.



Die deutsche Entwaffnung.

Amtlich wird von der deutschen Regierung mitgeteilt: Das letzte Stadium der Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage wird durch die nachfolgend veröffentlichten Schriftstücke, nämlich:

- 1. die deutsche Note an die Vorschafertkonferenz vom 23. v. Mts.
2. die Note der Vorschafertkonferenz vom 6. d. Mts.
3. die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Vorschafertkonferenz vom 14. d. Mts.

sowie endlich durch die bereits heute morgen veröffentlichte Note über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone gekennzeichnet.

Wie sich aus diesen Schriftstücken ergibt, lagen zwischen der Note der Vorschafertkonferenz vom 6. d. Mts. und der Erklärung des Generalsekretärs der Vorschafertkonferenz vom 14. d. Mts. weitere Verhandlungen. Diese bezogen sich auf die folgenden Punkte:

1. Polizei. Die von der deutschen Regierung in bauernder Fühlung mit den Länderregierungen geführten Verhandlungen hatten über die meisten Fragen bereits zu einer Verständigung geführt. Offen waren nur drei Punkte geblieben, nämlich die Art der Anstellung der Schutzpolizeibeamten, die Amtsbezeichnung der Schutzpolizeibeamten und die Stärke der kasernierten Polizei.

2. Oberbefehl. Bei der Frage des Oberbefehls handelt es sich um die Stellung des Chefs der Seeresleitung gemäß

den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Seine Befugnisse sollen durch eine Verordnung umschrieben werden, die dem Artikel 3 des in Geltung befindlichen Wehrgesetzes vom 23. März 1921 entspricht.

3. Ausbildung der Truppen. Hier waren noch einige Punkte strittig, die sich auf die Ausbildung einzelner Truppengattungen mit bestimmten Waffen bezogen. Für diese Punkte ist jetzt eine Regelung gefunden, die den militärischen Notwendigkeiten der Reichswehr in genügender Weise Rechnung trägt.

4. Festung Königsberg. Die noch offene Frage der Armierung der Festung ist dahin geregelt worden, daß die schweren Geschütze der Festung, entsprechend den deutschen Wünschen, bewegliche Lafetten behalten.

5. Behandlung der in Deutschland bestehenden privaten Verbände und Organisationen. Es handelt sich nicht um die Auflösung der Verbände, sondern um die Handhabung des Gesetzes vom 22. März 1921, das die militärische Betätigung dieser Verbände verbietet. Das Gesetz wird durch eine Ausführungsverordnung erläutert werden.

Die vorstehend behandelten Fragen haben, wie bekannt, schon seit langem den Gegenstand schwieriger Auseinandersetzungen mit der interalliierten Militärkontrollkommission gebildet. Sie waren es in erster Linie, die bisher einer endgültigen Erledigung der Entwaffnungsfrage entgegenstanden. Nachdem nunmehr auch für diese Fragen die grundsätzliche Regelung gefunden ist, bleibt von der gesamten Entwaffnungsfrage nur noch die letzte technische Abwicklung von Einzelpunkten übrig, bei der neue Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit den alliierten Regierungen nicht mehr zu befürchten sind.

Der Gesetzentwurf über Locarno.

Berlin, 19. November. (N.) Wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, wurden im Laufe des Vortages die Vorbereitungsarbeiten an dem Gesetzentwurf über den Vertrag von Locarno, der heute den nach Berlin berufenen Staats- und Ministerpräsidenten der Länder unterbreitet werden soll, fortgesetzt. Wie das Blatt weiter wissen will, soll sich an die Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder noch heute eine Sitzung des Reichskabinetts anschließen. In dieser Sitzung soll die endgültige formelle Entscheidung über die Unterzeichnung des Vertrages in London am 1. Dezember fallen. Am Freitag werde Reichskanzler Dr. Luther die Parteiführer empfangen. Über die parlamentarische Behandlung des Gesetzentwurfs schreibt das Blatt, daß nach Beratung des Entwurfs im Reichsrat die Debatte im Plenum des Reichstages am 27. November mit der Abstimmung über den Gesetzentwurf geschlossen werden dürfte.

Chamberlains Antwortrede im Unterhaus über Locarno.

London, 19. November. (N.) Nach der Debatte führte Chamberlain im Unterhaus unter anderem folgendes aus: „Die jetzige englische Regierung habe niemals versucht, irgend ein Land zu einem Bündnis gegen Rußland zu veranlassen. Sie erstrebe vielmehr mit allen Mitteln zufriedenstellende Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Es könne keine Rede davon sein, daß in Locarno ein neues Gleichgewicht der Mächte, etwa mit einer Spitze gegen Rußland, oder gar ein Gleichgewicht zwischen Europa und Asien gebildet worden sei. Die in den Locarno-Verträgen festgesetzte Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Deutschland und seinen Vertragspartnern umfasse jeden zwischen diesen möglichen Streit. Die Verträge, einschließlich des Versailleser Vertrages, seien Teile des europäischen Rechtes. Nicht über ihren Inhalt, sondern nur über die sich aus ihnen für die Parteien ergebenden Verpflichtungen könne die Schiedsgerichtsbarkeit entscheiden. Auch die Grenzen in Europa bildeten einen Teil des öffentlichen Rechts in Europa und eine Änderung der Grenzen könne nur durch gemeinsame Übereinstimmung und friedliche Regelung erzielt werden. Durch die gegenwärtigen Verträge würden die Rechte und Pflichten der Parteien aus dem Versailleser Vertrag und dem ergänzenden Abkommen nicht berührt. Die englische Regierung sei stets der Meinung gewesen, daß für einen Besitzer des Saargebietes keine Ermächtigung vorhanden war. Die Umstände, die zur Rückübertragung geführt haben, würden auf Grund der neuen Verträge dem Schiedsverfahren unterliegen. Europa habe jetzt einen neuen Weg beschritten, das beweise der Geist, in dem die Vertreter der an Locarno beteiligten Staaten gearbeitet haben und die unmittelbare Rückwirkung der Ergebnisse Locarnos auf die Politik dieser Länder. Chamberlain hat dann nochmals um Zustimmung des Hauses für das Werk von Locarno im Interesse des Friedens der ganzen Welt.“

Die Kadaverlüge vor dem englischen Unterhaus.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses teilte Premierminister Baldwin mit, daß Chamberlain am Mittwoch eine Erklärung über Locarno abgeben werde. Auf Anfrage eines Mitgliedes der Arbeiterpartei, ob das Haus Gelegenheit erhalten werde, über die Frage abzustimmen, sagte Chamberlain, er sei vollkommen bereit, eine Gelegenheit für eine Abstimmung zu beschaffen, aber er sehe noch im Gedanken an Austausch mit dem Führer der Opposition (Mac Donald) über die genaue Gestalt, die die Erklärung nehmen solle.

Baldwin brachte den Antrag ein, daß der Regierung die gesamte Zeit des Unterhauses während des übrigen Teils der Tagung zur Verfügung gehalten werde. Mac Donald sagte, er werde sich dem Antrag widersetzen, weil die Regierung eine neue Gesetzgebung einführen werde, und er widersehe sich besonders der Gesetzgebung auf Grund des Industriebeschutzes, da dies ein Bruch des Versprechens der Regierung, keinen Schutzoll einzuführen, sei. Auf die Locarno-Erörterung bezugnehmend, fragte Mac Donald, ob das Haus denn keine Dokumente über die Dominions erhalten werde, denn es müßte doch mindestens vor Mittwoch wissen, welche Haltung die Dominions eingenommen haben. Seine Partei werde sicher viel am Mittwoch zu sagen haben über diese neue Politik bezüglich der Regelung der internationalen Angelegenheiten ohne Zustimmung und Kenntnis der Dominions. Eine andere Frage, die das Haus erörtern müßte, sei Mac Donald, denn man müßte wissen, ob man an Amerks Rede in Genf gebunden sei, und ob, bevor das Haus eine Gelegenheit hatte, auch nur über einen Wechsel in der Politik unterrichtet zu werden, diese Politik bereits geändert worden sei, ohne daß die Zustimmung des Hauses dazu erfolgt.

Mac Donald verlangte außerdem Gelegenheit zur Erörterung der Arbeitslosenfrage und fuhr fort, eine andere Frage, die erörtert werden müßte, sei die der „Kadaverfabriken“, denn diese Frage könne man nicht so ruhen lassen, wie sie jetzt stehe. Er bat den Premierminister, während der nächsten Tage zu erwägen, ob es nicht möglich sei, eine Erklärung abzugeben, die diese Frage ein für allemal reele. Nach den Kommen-

turen über diese Frage schulde England es sich selbst, seine offizielle Stellung zu ihr klar darzulegen.

Der Arbeiterführer Thomas fragte, ob Baldwin sich besonders verpflichtet, eine Gelegenheit für eine Erörterung der Kadaverfrage zu geben, nicht nur wegen des riesigen öffentlichen Interesses in England, sondern auch, weil die Stimmung in Amerika derartig sei, daß diese Frage sofort befriedigend geklärt werden müsse.

Baldwin erwiderte, er bedauere, daß er Thomas keine Antwort geben könne, weil es klar sei, daß, wenn es, wie Thomas sage, eine Frage von großer Bedeutung sei, die große Aufregung verursacht habe, er sie prüfen müsse. Er müsse bedauern, daß er selbst diese Frage nicht verfolgt habe, und er würde sich gern erst mit ihr befassen. Seiner Ansicht nach (er spreche jedoch, ohne sich zu binden) sei es ein Thema, über das viel besser, wenn dies möglich sei, eine Erklärung abgegeben werde, weil er nicht der Ansicht sei, daß es sich besonders gut für eine Debatte eigne. Er werde jedoch die Angelegenheit erwägen, ohne aber Thomas eine Zusage zu geben.

Der Premierminister beantragte unter den Rufen der Arbeiterpartei „Maulkorb“ Schluß der Debatte. Der Antrag wurde mit 278 gegen 121 Stimmen angenommen. Ein Antrag, der den Regierungsmassnahmen für den übrigen Teil der Session den Vorrang gibt, wurde mit 285 gegen 121 Stimmen angenommen.

Um das französische Finanzgesetz Erste Kämpfe.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Paris: „Das Ringen um das Finanzgesetz, für das die Regierung Painlevés nach vielen Änderungen verantwortlich zeichnet, ist begleitet von Wechseln aller der sonderbarsten Art. Der Berichterstatter des Finanzausschusses hatte bei dem Vergleich des von dem Ausschuss angenommenen Textes festgestellt, daß der vorliegende Entwurf noch einiger Berichtigungen bedürfe. Heute vormittag war also wiederum eine Sitzung des Ausschusses, und man einigte sich schließlich auch über die strittigen Punkte, von denen man behauptet, daß sie mehr formeller Natur gewesen seien.“

Nachmittag trat nun die sozialistische Kammerfraktion zusammen, und dann hielten die Fraktionen des Linkstextes gemeinsam eine Beratung ab, um zu bestimmen, welche Haltung angeht der Erörterungen in der Vollziehung der Kammer angenommen werden soll. Sie konnten sich heute noch nicht einigen, und so werden morgen die Sozialisten unter sich und dann die Kammergruppen des Linkstextes gemeinsam wiederum beraten. Loucheur hielt nämlich an der Absicht fest, seine Ergänzungsanträge vor der Kammer aufrechtzuerhalten und zu verfechten. Die Sozialisten fürchten, daß durch Loucheur ihnen das Wasser abgegraben werden könnte, und daß dieser typische Kapitalist plötzlich sozialistischer erscheinen könnte als die Sozialisten selbst. Vorläufig bleibt die Absicht bestehen, mit der Erörterung in der Vollziehung morgen nachmittag zu beginnen. Man weiß aber nicht recht, was dabei werden soll. Es war angekündigt worden, daß heute abend der Bericht des Berichterstatters Lamoureux verteilt werde. Dies ist jedoch nicht geschehen, und so müßte morgen nachmittag die Kammer über einen Gesetzentwurf beraten, für dessen Studium ihr jedenfalls nicht viel Zeit gelassen wäre. Die republikanisch-demokratische Linke hat den Abgeordneten Volanowski beauftragt, in ihrem Namen bei der Erörterung des Finanzplans in die Aussprache einzugreifen.

Große Zurückhaltung wahrte man im Senat. Man deutet dort die Politik der Sozialisten, die dem Senat sehr feindsichtig gesinnt sind, verschieden. Auf der einen Seite glaubt man, daß die Sozialisten die bestimmte Absicht verfolgen, mit ihrer Finanzpolitik den Senat herauszufordern, um dann einen politischen Sturm zu entfachen, der das von ihnen gepredigte Einkammersystem, d. h. die Abschaffung des Senats, verwirklichen soll. Die Sozialisten pochen dabei auf ihre Wahlerfolge, die sie bis in die letzte Zeit gehabt haben. Auf der anderen Seite wird diese Drohung mit dem Einkammersystem als ein Druckmittel auf den Senat angesehen, damit dieser in der Finanzfrage sich gefügiger zeige. Man hält jedoch eine solche Politik der Sozialisten, ob nun die eine oder andere Deutung zutreffen sollte, für ein so gewagtes Spiel, daß sie sich das wohl noch einmal reiflich überlegen dürften.

KINO APOLLO
Vom 20. 11. - 26. 11. 25. Vom 20. 11. - 26. 11. 25.
4 1/2, 6 1/2, 8 1/2 Uhr
Zwei große Filme in einem Programm
THE KIB - DIE 3 EPOCHEN
(Ben Akiba hat gelogen.)
Jackie Coogan Charlie Chaplin
Buster Keaton.
Vorverkauf von 12-2

Waffenstillstand in China.

Zwischen den chinesischen Generalen ist ein Waffenstillstand zustande gekommen, in dem sie einander versichern, nicht zu kriegerischen Handlungen zu schreiten. Der militärische Ruhestand kommt den Marschällen deshalb willkommen, weil viele große Kontingente sich unzuverlässig gezeigt haben. Die Professoren und Studenten nehmen die politische Propaganda auf mit dem Schlagwort von der uneingeschränkten Souveränität Chinas.

Aus anderen Ländern.

De Monzie über die deutsch-französische Annäherung

Paris, 19. November. (N.) Der Minister für öffentliche Arbeiten de Monzie sprach, nach dem „Deuvre“ gestern in der Carnegie-Stiftung in Paris über die Bedingungen, unter denen nach seiner Ansicht die geistige deutsch-französische Annäherung sich verwirklichen lassen könnte. Er verwies auf die Bedeutung dieser Annäherung. Wenn die großen Gesellschaften der Gelehrten es außer acht ließen, die Gelegenheit für diese Annäherung zu ergreifen, müßten die Regierungen an ihre Stelle treten.

Vermutlicher Nachfolger Lord d'Abernons.

Paris, 19. November. (N.) Wie dem „Journal“ gemeldet wird, werden als Nachfolger für den Ende dieses Jahres zurücktretenden englischen Votschafert in Berlin, Lord d'Abernon, genannt der Unterstaatssekretär im Foreign Office Sir Threl und der ehemalige Minister Maffingham.

Eintritt Raditschs in die jugoslawische Regierung.

Belgrad, 19. November. (N.) Wie die Agentur „Avala“ meldet, ist die durch den Rücktritt des Ministers für öffentlichen Unterricht entstandene teilweise Krise durch die Ernennung von Stefan Raditsch, Führer der kroatischen Arbeiterpartei, zum Unterrichtsminister beendet. Der neue Minister wurde im Beisein des Königs und des Ministerpräsidenten Paschitsch vereidigt.

Zur Abstimmung im Unterhaus.

London, 19. November. (N.) Bei der gemeldeten Abstimmung im Unterhaus stimmte die Mehrheit der Mitglieder der Arbeiterpartei für Chamberlains Antrag, und etwa 25 Mitglieder enthielten sich der Stimme. Dies Ergebnis wurde mit Gelächter und Beifall aufgenommen.

Zur Lage in Marokko.

Paris, 19. November. (N.) In der Gegend von Fez herrscht lebhafteste Tätigkeit des Feindes. Die Franzosen haben Verstärkungen dorthin entsandt.

Zur Lage in Syrien.

London, 19. November. (N.) Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Beirut meldet, daß der Aufstand der Drusen nahezu eine nationale syrische Erhebung geworden sei. Die Aufständischen wollen die Eisenbahnschienen aufreißen, Damaskus in Besitz nehmen und die Franzosen zum Abzug aus dem Lande zwingen. Laut „Daily News“ ist Sidon von den Drusen bedroht, die in drei Kolonnen vorrücken.

Großer Brand in Amerika.

Neu-Orleans, 19. November. (N.) Auf den Kais am Mississippi-Ufer brach ein Feuer aus, das sich auf sieben Häuser ausdehnte. Der dadurch verursachte Schaden wird auf 3 Millionen Dollar geschätzt.

In kurzen Worten.

Der italienische Kronprinz hat anlässlich seiner Volljährigkeit im Senat den Eid als Senator geleistet, zu dem er ernannt worden ist.

Die Türkei hat der neuen persischen Regierung ihre vorläufige Anerkennung gewährt.

Wie verschiedene Blätter berichten, will die italienische Regierung mit der englischen Regierung Schuldenverhandlungen anknüpfen.

Der deutsche Gesandte in Budapest, Graf Welz, ist zum deutschen Votschafert in Madrid ernannt worden.

Im Hofe des Gefängnisses zu Freudenitz wurde der Mörder Angerstein hingerichtet.

In Sofia wurde das Handelsabkommen zwischen Bulgarien und England unterzeichnet.

Letzte Meldungen.

Der Druck in Oberschlesien.

Rattowitz, 19. November. (N. W.) Die Nachricht von dem Mißerfolg der Kabinettsbildungsmission des Ministers Strzyński hat die öffentliche Meinung in Oberschlesien lebhaft berührt. Die Redaktionen und Presseagenturen werden um Nachrichten aus der Hauptstadt förmlich bekümmert. In einem Extrablatt des „Goniec Sileski“ wird die Notwendigkeit einer schnellen Beilegung der Krise im Hinblick auf die Wirtschaftsrepräsentation in Oberschlesien und die Stimmung unter den Arbeitslosen betont.

Frauentemonstration.

Warschau, 19. November. Gestern haben Arbeitslose eine Kundgebung veranstaltet, die von der Polizei aufgelöst wurde. Einhundert arbeitslose Frauen begaben sich am Nachmittag vor den Sejm, wo sie laute Kundgebungen veranstalteten. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen wegen Widerstandes vor.

Wahlergebnisse in der Tschechoslowakei.

Prag, 19. November. Aus Prag wird gemeldet, daß für die ehemaligen Regierungsparteien im tschechischen Parlament insgesamt 3185 801 Stimmen abgegeben worden sind. Die bisherigen Oppositionsparteien erhielten 3474 188 Stimmen. Den früheren Regierungsparteien werden jedoch noch etwa 120 000 Stimmen zufallen, und zwar jene, die für die Parteien abgegeben worden sind, welche kein Mandat erhalten haben. Den größten Sieg haben die Kommunisten und die katholische Partei davongetragen.

Die Mandatverteilung ist noch nicht genau festgelegt. Sie ändert sich fortwährend und soll erst dann bekannt gegeben werden, sobald die Verteilung festgelegt sein wird.

Schiffskatastrophe in amerikanischen Gewässern.

Wie die „United Press“ vom 18. November meldet, ist der Passagierdampfer „Lenape“, der von New York nach Florida unterwegs war, auf bisher unbekannter Weise in Brand geraten. Mehrere andere Schiffe, die in der Nähe waren und den brennenden Dampfer beobachteten, eilten zu Hilfe, konnten jedoch nicht an den Dampfer heran und mußten zusehen, wie das ganze Schiff nach und nach in Flammen aufging. Zuletzt erfolgte auf dem mit 200 Passagieren besetzten Dampfer eine Explosion. Von der ganzen Besatzung konnten nur einige Personen gerettet werden. Nach Aussagen der Geretteten wurden sofort nach Ausbruch des Feuers Rettungsboote ausgesetzt, doch hat man bis zur Stunde kein einziges davon entdecken können. Die Besatzung des Schiffes und die Passagiere sind zum großen Teil auf dem brennenden Dampfer umgekommen.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Sthra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Sthra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. - Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Druckarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poggau.



**Nachruf.**

Am Dienstag, dem 17. d. Mts., verschied unerwartet nach kurzem Leiden

**Herr Rittergutsbesitzer**

**M. Rimann, Cerekwica.**

In ununterbrochener zwanzigjähriger Tätigkeit gehörte der teure Entschlafene unserer Fabrik als Aufsichtsratsmitglied und Geschäftsführer an. Getragen von dem ungeteilten Vertrauen aller Gesellschafterkreise, hat er sich als treuer, pflichtbewußter Mitarbeiter große Verdienste für die erfolgreiche Entwicklung unseres Unternehmens erworben.

Durch seinen vornehmen, ritterlichen Charakter, sein überaus liebenswürdiges Wesen gegen jedermann erwarb er sich in allen Kreisen der größten Hochachtung und Wertschätzung.

Wir trauern um diesen edlen Mann und werden ihm stets ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren.

**Die Geschäftsführer und der Aufsichtsrat der Cukrownia Szamotulska (Zuckerfabrik Samter)**  
T. z o. p.

Am 17. d. Mts. verschied nach kurzem Leiden

**Herr Rittergutsbesitzer**

**Max Rimann, Cerekwica.**

Der Verstorbene war als langjähriges Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglied der hiesigen Zuckerfabrik stets ein reger Förderer unserer Interessen. Sein liebenswürdiges Wesen sichert ihm bei uns ein dauerndes Andenken.

Szamotuż, den 18. November 1925.

**Die Beamten und Angestellten der Cukrownia Szamotulska (Zuckerfabrik Samter)**  
T. z o. p.

**Poznańska Spółka Okowiciana**

Spółdz. dla zbytu okowity z ogr. odpow. w Poznaniu.

**Einladung**

zur

**außerordentlichen Generalversammlung,**

welche in Poznań am Dienstag, dem 1. Dezember 1925, um 11 Uhr vorm. im Saale der Universitätsbibliothek, ul. Fr. Kalajczaka 4/6, abgehalten werden wird.

**Tagesordnung:**

1. Wahl zweier Urkundspersonen für die Vollziehung des Protokolls.
2. Bericht über die Kampagne 1924/25.
3. Bericht über die Sitzung der Państwowa Rada Spirytusowa.
4. Andere Mitteilungen.
5. Freie Anträge.

**Der Vorstand:**

Lossow. Treskow. Dr. Cwikliński.

**Wirtin,**

evgl., firm in allen Hausarbeiten sucht Stellung aufs Land od. in Kleinstadt, am liebst. b. alleinst. Herrn. p. sof. od. 1. 12. Geil. Off. unt. 1796 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Poln. Sprachunterricht**

erteilt in kurzer Zeit routinierter Lehrer. Angeh. unt. 1911 a. die Geschäftsst. dieses Blattes.

**Damen finden liebevolle Aufnahme bei**

**Hedamme Richter,**  
Poznań, ul. Półwiejska 5 II.

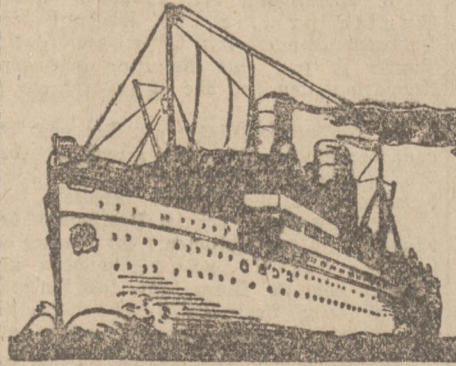
**Gutsbeamten, Guts-handwerkern, Ober- und zehner Schweizern, Gärtnern, Deputatfamilien mit Hofgärtnern, Köchen, Schäfergehilfen und sämtlichem Personal besorgt Stellung**  
Paul Schneider, Görlitz (Schl.), Krölstr. 11, früher in Posen.

**Christl. Gemeinschaft (im Gemeindeaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntags, 5 1/2: Jugendbundstunde E. G. 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. Jedermann herzlich eingeladen.**

**Andacht in den Gemeinde-Synagogen. Synagoge A. Wolnica**

Freitag, nachm. 4 Uhr.  
Sonntag, morgens 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, vorm. 10 Uhr.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr mit Schriftklärung.  
Sabbathausgang 4 Uhr 45 Min.  
Werktagandacht: morgens 7 Uhr mit anshl. Lehrvortrag, nachm. 4 Uhr.  
Die Synagoge ist geheizt.  
**Synagoge B (Israel. Gemeinde), Ulica Dominikańska.**  
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr.  
Wolnica.

Direkter Passagierdienst nach und von  
**AEGYPTEN**  
mit Doppelschraubendampfer  
**„PEER GYNT“**



ab Genua	9. 12. 1925	12 Uhr mittags
an Alexandrien	14. 12. 1925	
ab Alexandrien	15. 12. 1925	12 Uhr mittags
an Genua	20. 12. 1925	
ab Genua	5. 1. 1926	12 Uhr mittags
an Alexandrien	10. 1. 1926	
ab Alexandrien	11. 1. 1926	12 Uhr mittags
an Genua	16. 1. 1926	

Preise nur I. Klasse ab 500 M. inkl. Verpflegung

Buchungen u. Anskünfte durch:

**Reederei Viktor Schuppe**  
Berlin NW 7 / Dorotheenstrasse 30  
Drahtanschrift: Seeschuppe / Telefon: Zentrum 9755-59  
durch die Büros der HAMBURG-AMERIKA-LINIE und des MITTELEUROPAISCHEN REISEBÜROS sowie sämtliche Reisebüros der In- und Ausländer

Ab 21. Januar 1926 beginnen wieder die bekannten Mittelmeer- und Orientfahrten

**Fiat 501** Tücht., älteres Mädchen  
4-siger, gebraucht, sofort für 4.800,— (bar) zu verkaufen. Offerten unt. 1921 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
H. Lipnowski, Schuhgeschäft, Gniezno, ul. Dąbrowski 18.

**SCOTT'S TRAN-EMULSION**



ist die erste Weltmarke von allen Tran-Präparaten.

Seit 52 Jahren wird es von den Aerzten aller Kulturländer mit dem besten Erfolge als

**Stärkungs- u. Kräftigungsmittel**

bei Skrofulose, englischer Krankheit und Unterernährung angewandt.

Scott's Emulsion hat einen angenehmen Geschmack und kann mit gleich gutem Erfolge auch während der heißen Sommerzeit angewandt werden.

Es ist ausdrücklich Original Scott's Emulsion der ausschliesslichen Hersteller Scott und Bowne zu verlangen.

Vertretung:

**K. Donat, Poznań, pl. Wolności 17.**  
Telephon 3735.

**„Freie Presse“**

Lodz

**Blatt der Deutschen in Polen.**

Das nachweislich verbreitetste deutsche Nachrichtenblatt im ehem. Kongresspolen.

Die „Freie Presse“ strebt die Wahrnehmung der Belange der 2 Millionen Deutschen in Polen an, nimmt Stellung zu den Angelegenheiten der Stammesbrüder dies- und jenseits der Grenze, berichtet über die Arbeit und Not des Deutschentums im polnischen Reiche und sucht dessen geistige Verbindung mit den deutschen Brüdern in der ganzen Welt aufrechtzuerhalten. Da die „Freie Presse“ nicht nur in Kongresspolen, sondern auch in Großpolen und Galizien weit verbreitet ist, ist sie ein Angelegenheitsorgan ersten Ranges und verschafft ihren Inserenten stets gute Erfolge.

Im gleichen Verlage erscheint die Wochenschrift  
: : : „Der Volksfreund“ : : :  
welche vorwiegend von der Landbevölkerung gelesen wird

**Aukholz-Verkauf.**

Aus dem Kahlybe Jagd zc. der Rittergutsforst Bronikowo sollen

Freitag, den 27. November 1925, vormittags 9 Uhr im Gasthaus zu Bronikowo öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden:

**344 Stück Kiefer Langnutzholz** I.—IV. Kl. mit 249,60 fm  
Bronikowo, den 16. November 1925.

**Die Forstverwaltung.**

Die beste Bezugsquelle für verzinkte Drahtgeflechte Preisliste gratis.  
Alexander Maennel, Nowy Tomysl 3.

**Hafen, Rebe, Fasanen**

suche im Auftrage einer deutschen Großfirma zu tausende geg. Duplikatnachfrage od. bei Übernahme. Ganze Jagden werden sofort abgeschlossen. Off. m. Preisangabe sind zu richten an

**Dom Ekspedycyjno Handlowy**

Jc. Przynbelski, Zbąszyn, Telephon 83.

**Motorrad neuestes Modell Betriebemaschine**

in bestem Zustande zu kaufen gesucht. 2-3 PS, Angebote unter H. D. 1914 an die Geschäftsst. d. Bl.

**Ausschneiden! Ausschneiden!**

**Postbestellung.**

An das Postamt in

Unterzeichneter bestellt hiermit

**1 Posener Tageblatt (Posener Warte)**

für den Monat **Dezember 1925**

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Straße .....